

BULLETIN

NUMMER 4 | DEZEMBER 2020



- * 5 Kantonsrat - Kies wird noch wertvoller *
- * 6 Wirtschaft - Visionen realisieren *
- * 10 Pflege - Die Lage an der Front *
- * 14 Wahlanalyse - 10 Prozent geknackt *
- * 18 Doku-Zug - Blick über den Tellerrand *

2

2 Inhaltsverzeichnis

3 Editorial

Die extreme Mitte

4 Ortsplanung

Chance für grüne Themen

5 Kantonsrat

Kies wird noch wertvoller

6 Wirtschaft

Visionen realisieren

9 Gesundheit

Innovatives Oberägeri

10 Pflege

Die Lage an der Front

11 Nationalrat

Crypto

12 Abstimmung

Zweimal JA

14 Wahlanalyse

10 Prozent geknackt

18 Doku-Zug

Blick über den Tellerrand

21 Doku-Zug

Politisches Armutszeugnis

24 Grünspecht

Götterdämmerung

25 Service

Gestreift

Kino

Veranstaltungen

Adressen

Impressum

«Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grünes Forum Hünenberg

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Alternative – die Grünen Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Titelbild

Politische Überzeugungsarbeit unter erschwerten Bedingungen.

Die extreme Mitte

Josef Lang

Während in Unterägeri die CVP endlich ihr hohl gewordenes «C» aufgab, hingen im Kanton Zug zwei Personenplakate zur Konzernverantwortungs-Abstimmung. Auf dem Ja-Plakat warben Manuela Weichelt (Alternative), Dick Marty (FDP), Martin Landolt (BDP) und Peter Bieri (CVP) für die Initiative. Auf dem Nein-Plakat warnten die FDP-Präsidentin Petra Gössi, der SVP-Präsident Marco Chiesa und der CVP-Präsident Gerhard Pfister vor der «extremen Initiative». Pikant an der Sache war und ist, dass Pfister damit nicht nur einem alt Ständerat seiner eigenen Partei und vielen weiteren CVP-Mitgliedern den Stempel «extrem» aufdrückte. Er tat das auch gegenüber dem Präsidenten der BDP, mit dem und mit der er die neue «Mitte»-Partei gründen will. Entweder erleben wir die Gründung einer «Mitte», an der Kämpfer für «Extremes» beteiligt sind. Oder die Unterstellung von Gössi, Chiesa sowie Pfister war extrem. Angesichts einer Nein-Kampagne die auch sonst extrem-groteske Züge aufwies, neige ich zur zweiten Version. In den letzten 48 Jahren habe ich nur wenige Abstimmungskämpfe erlebt, in denen das Grosskapital und seine Rechtsbürgerlichen derart systematisch von der Problematik abgelenkt und derart massiv Unwahrheiten verbreitet haben. Was ich auch selten erlebt habe, ist eine derart heftige Kirchenfeindlichkeit. Dabei setzten sich die Religionsgemeinschaften für Selbstverständliches ein wie die Einhaltung der Menschenrechte und die Rücksichtnahme auf die Umwelt durch Rohstoff- und andere Konzerne. Ähnliches erlebte die Kriegsgeschäftsinitiative. Von den grossen Kriegsinvestoren wurde ähnlich

abgelenkt wie von den grossen Konzernen. Mit der falschen Behauptung, Tausende von KMU seien betroffen. Die Rechtsbürgerlichen haben damit den Kleinen und Mittleren Unternehmen unterstellt, in der Dritten Welt ebenfalls Menschenrechte zu verletzen, die Umwelt zu zerstören und Kriege mitzufinanzieren. Die KMU sind im Inland die Hauptopfer der rechten Abstimmungskampagnen.

Schliesslich haben 51 Prozent der UrnengängerInnen ein Ja in die Urne gelegt. Desavouiert wurden sie durch ein Ständemehr, das spätestens seit der Auflösung des politischen Katholizismus in Unterägeri überholt ist. Seine Hauptfunktion besteht seit ein paar Jahrzehnten darin, die Romandie auszubremsen, wenn es ihr gelingt, die Deutschschweiz zu überstimmen. Das Ständemehr ist kein Schutz, sondern ein Hindernis für die wichtigste Minderheit unseres Landes.

Für das zukünftige Engagement gegen verantwortungslose Konzerne ist das Volksmehr sehr wertvoll. Besonders betroffen ist der Zuger Rohstoffkonzern Glencore, gegen den wir seit mehr als 40 Jahren kämpfen. Aber auch die 43 Prozent zugunsten der Initiative von Jungen Grünen und GSöA für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten sind eine gute Ausgangslage – beispielsweise im kommenden Kampf gegen Kriegsmaterialexporte in Bürgerkriegs-



länder. Enttäuschender waren die Resultate im Kanton Zug. Es bestätigt sich, dass das Zuger Bürgertum – abgesehen von mutigen Ausnahmen – noch ziemlich geschlossen hinter den Konzernen steht. Bei der Abstimmung über die skandalöse Corona-Steuersenkung dürfte es leichter fallen, bürgerliche Stimmen zu gewinnen. Die Alternative – die Grünen haben für die beiden Initiativen ihr Bestes getan. Sehr wertvoll für die kommenden Kampagnen sind die Erfahrungen, die die Jungen Alternativen sammeln konnten. Die Aktion auf dem Glencore-Gelände für die KOVI war eindrücklich. Grossartig war Julia Küngs Auftritt in der Arena für die KGI. Es braucht starke Aktionen und Personen gegen ein Rechtsbürgertum, das den Konzernen und Banken sehr nahesteht. Auch wenn sich ein Teil «Die Mitte» nennt. PS. Jo Langs erste Engagements in Zug 1971 waren in der Arbeitsgruppe 3. Welt und in der Internationale der Kriegsgegner (IdK). ■

Chance für grüne Themen

Stéphanie Vuichard, Kantonsrätin ALG Zug

4 Ortsplanungsrevision scheint ein trockenes und theoretisches Thema zu sein. Das dachte ich jedenfalls, als ich mich beruflich im Kanton Aargau damit befassen musste. Doch ich lernte schnell, dass eine Ortsplanungsrevision auch spannend sein kann, denn sie bringt viele Chancen zur Aufwertung einer Gemeinde. In meinem Projekt ging es darum, Möglichkeiten aufzuzeigen, was eine Gemeinde für die Natur machen könnte, wenn sie denn will.

So können beispielsweise Inventare ein wichtiges Instrument für eine Gemeinde sein. Erfasst man als Gemeinde im Rahmen einer Revision die wertvollen Naturelemente wie Hecken oder Bäume im und ausserhalb des Siedlungsraums und stellt sie unter Schutz, so muss bei der Entfernung eines Inventarobjekts im Minimum ein gleichwertiger Ersatz geschaffen werden, damit die Anzahl nicht sinkt. Ein Drama wie es bei der prächtigen Linde in Unterägeri gab, könnte so verhindert werden. Man könnte auch Fledermausquartiere oder Niststandorte von gebäudebrütenden Vögeln inventarisieren, wo dies noch nicht gemacht wurde. So weiss man bei einem Baugesuch sofort, ob bestimmte Vorsichtsmassnahmen zum Schutz dieser Tiere berücksichtigt werden müssen. Ein weiteres Thema sind Grünflächen im Siedlungsraum. Eine Gemeinde könnte verlangen, dass möglichst viele Flächen unversiegelt sind, z.B. indem vermehrt Parkplätze mit Kies oder Rasengittersteinen statt Asphalt erstellt werden. Oder sie bewilligt nur Plätze, die nicht mit Asphalt versiegelt werden, sondern ganz begrünt geplant und nur die Wege befestigt werden. Zudem müssten in der Planung Freiräume ohne Unterkellerungen für stattliche Bäume geschaffen werden. Denn grosse Bäume sind für ein besseres Stadtklima enorm wichtig. Ein letztes Beispiel für ein Handlungsfeld ist die Lichtverschmutzung. Die Gemeinde Langnau am Albis bewilligt nur noch Leuchtreklamen und beleuchtete Schaufenster, wenn sie ein zurückhaltendes Erscheinungsbild haben

und von 22:00 bis 06:00 Uhr ausgeschaltet werden. In der Gemeinde Scherz (AG) werden die Leuchten in Quartieren über die Nacht gedimmt.



In Zug wird rege gebaut – wirken wir genug mit?

Die Möglichkeiten einer Gemeinde sind immens. Es gilt sich auf ein paar wenige Punkte zu konzentrieren, um diese voran zu bringen. Worauf der Fokus gelegt wird, muss jede Gemeinde selbst entscheiden. Wichtig ist, dass aber wenigstens ein paar Ideen eingebracht und umgesetzt werden. Und da sind alle angesprochen, Ideen in die Gemeinde einzubringen.

Jetzt mitwirken

In den Zuger Gemeinden stehen die Ortsplanungsrevisionen an. Die meisten Gemeinden haben Gespräche mit verschiedenen Interessengruppen begonnen oder auch schon die öffentliche Mitwirkung gestartet. Die Stadt Zug eröffnete im Mai 2020 einen öffentlichen Online-Dialog,

Alle konnten zu verschiedenen Themen Stellung beziehen. Auch ich gab meinen Senf dazu. In der Gemeinde Risch wurden 2020 verschiedene Organisationen eingeladen und ich durfte als Vertreterin von Pro Natura Zug an einem Austausch mit dem Rischer Gemeinderat teilnehmen. Leider werden Umweltorganisationen nicht überall angeschrieben, und so wird es schwierig, die Übersicht über alle elf Gemeinden zu haben, um sich im richtigen Moment

einklinken zu können. Aber es gibt zum Glück viele andere Personen, die sich für Umweltanliegen in den aktuellen Ortsplanungsrevisionen einsetzen, denen ich herzlich danken möchte. Kürzlich las ich, dass im oben erwähnten öffentlichen Mitwirkungsverfahren sich viele eine naturnahe, begrünte Stadt Zug wünschen oder dass der Fuss- und Veloverkehr künftig eine tragende Rolle spielen soll (ortsplanung-zug.ch). Es freut mich, dass grüne Anliegen auch von der breiten Bevölkerung ausgesprochen werden. Die Ortsplanungsrevisionen haben vielerorts schon begonnen, doch kann man sich noch einschalten. Die Stadt Zug beispielsweise möchte am 6. März 2021 eine weitere Mitwirkungsmöglichkeit anbieten. Bleiben wir dran. ■

Kies wird noch wertvoller

Andreas Lustenberger, ALG-Kantonsrat Baar, Hanni Schriber-Neiger, ALG-Kantonsrätin Risch (Kommissionsmitglieder Raum, Umwelt und Verkehr RUV)

Mit dem grossen Bauvolumen im Kanton Zug ist das Thema Kiesabbau und Deponievolumen seit Jahrzehnten ein schwieriges Geschäft im Kantonsrat. Für die betroffene Standortgemeinde und Region bedeutet es einen gewaltigen Eingriff und eine Verschandelung der Landschaft. Dies war auch bei der aktuellen Richtplanfestsetzung mit dem erweiterten Standort Hatwil/Hubletzen in Cham nicht anders.

«Nicht mehr weiter wie bisher beim Kiesabbau!» meinte Hanni Schriber-Neiger als Votantin für die ALG im Kantonsrat im Oktober 2020. Aus Sicht der ALG kann man schon heute etwas gegen den grossen Kiesverbrauch und -abbau im Kanton machen. Er muss in Zukunft gedrosselt werden. Der Einsatz von Recycling-

Schlag freigegeben. Ausser die zukünftigen Generationen werfen alles über den Haufen und tragen die markanten Moränenhügel in Menzingen ab. Im nun festgelegten neuen Perimeter werden hochwertige Fruchtfolgeflächen, Ried und Wald zerstört. Auch besteht die grosse Befürchtung, dass die Trinkwasserreserven abneh-



Der ganze Wald im Hintergrund wird für den Kiesabbau gerodet.
Bild: Hanni Schriber-Neiger

material sollte noch weiter erhöht werden. Doch dies reicht nicht aus, sondern auch der Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen wie Holz und Lehm muss in der Baubranche viel mehr Bedeutung bekommen. Je nachdem wie sparsam mit dem Kies in Zukunft umgegangen wird, reicht der geplante Abbau Hatwil gut für 40 Jahre. Was danach für Optionen bestehen, hätten wir gerne im von uns verlangten Kieskonzept gelesen. Mit der Festsetzung der 60 Hektaren werden trotz teils fehlerhaften Grundlagen und einem veralteten Kieskonzept aus dem Jahre 2008 wohl die letzten Zuger Kiesreserven auf einen

men könnten. Zudem ist das Hatwil/Hubletzen heute ein wichtiges und beliebtes Naherholungsgebiet der Chamer Bevölkerung. Diese hatte sich vehement über alle Parteien hinweg gegen diese Richtplanfestsetzung ausgesprochen.

Die Betonfront bröckelt, aber fällt noch nicht

Bereits in der Kommission für Raum, Umwelt und Verkehr war die Festsetzung höchst umstritten. Nur dank dem Stichentscheid durch den Kommissionspräsidenten Heini Schmid, notabene ein grosser Immobilienbesitzer im Kanton Zug, kam die Mehrheit

zustande. Im Kantonsrat setzte sich dann eine engagierte siebenköpfige Kommissionsminderheit, die Andreas Lustenberger vertrat, gegen die Festsetzung ein. Dabei ging es schlussendlich um den einen brisanten Punkt in der Detailberatung, der matchentscheidend war: Wollen wir das Gebiet Hatwil/Hubletzen heute schon in seiner Gesamtheit als Kiesabbaugebiet und Deponie für Aushub im Richtplan festsetzen oder belassen wir es beim Zwischenergebnis? Die Kommissionsminderheit sprach sich nicht grundsätzlich gegen den Kiesabbau oder gegen die Erschliessung von neuen Deponievolumen aus. Sie war und ist sich auch der wirtschaftlichen Relevanz bewusst. Doch die Logik ist einfach: Wenn alles freigegeben ist, dann ist der Druck für die Förderung von Alternativen über Jahre geschwächt. Dass die spezialisierten Unternehmen der Rohstoffgewinnung sich nicht selbst einschränken und nach einer marktwirtschaftlichen und Gewinnsteigerungslogik funktionieren, sieht man heute beispielhaft bei den Erdöl-Multis.

Schlussendlich debattierte der Kantonsrat mehr als vier Stunden über die Festsetzung und um ein Haar wäre es der Kommissionsminderheit unter der Federführung der ALG gelungen, eine zukunftsorientierte Lösung herbeizuführen. Schlussendlich setzte sich doch das «schnelle Geld» gegen die «nachhaltige Zukunft» mit 39 zu 34 Stimmen durch. Ein solch knappes Resultat macht zumindest Hoffnung für die Zukunft. Anscheinend beginnt auch im Kanton Zug die Betonfront langsam zu bröckeln. ■

Weitere Informationen

Wollen Sie mehr wissen, wer was im Zuger Kantonsrat genau gesagt hat? Dann lesen Sie das Kantonsrats-Protokoll vom 29. Oktober 2020 nach (vormittags und nachmittags). zg.ch/behoerden/kr/protokolle

Visionen realisieren

Dr. Ralf Naecke, Ökonom und Jurist

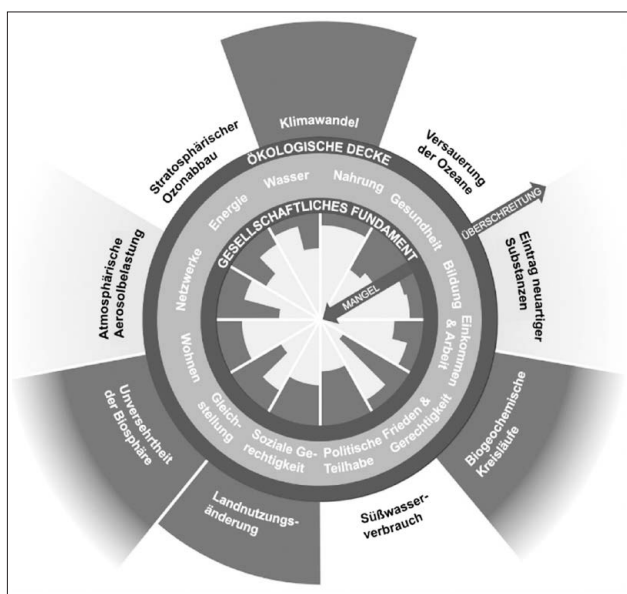
6 Ethisches und nachhaltiges Wirtschaften ist möglich und lohnt sich. Die Bewegung «Gemeinwohl-Ökonomie» (GWÖ) bietet hierfür erprobte Ansätze.

Der Glaube an unbeschränkte Ressourcen und die Notwendigkeit zu immer weiterem Wachstum sowie der Neoliberalismus der letzten Jahrzehnte hat uns trotz aller Errungenschaften und dem geschaffenen Wohlstand weltweit an den Rand des ökologischen und ökonomischen Zusammenbruchs gebracht. Wir in der Schweiz sind davon auch betroffen. Der Klimawandel mit seinen verheerenden Auswirkungen wird inzwischen von fast allen wahrgenommen – aber es gibt viele weitere Themen, die unsere Lebensbedingungen auf der Erde ernsthaft bedrohen: Versauerung und Erwärmung der Meere, chemische Umweltverschmutzungen (inkl. Plastik in den Meeren), Grundwasserbelastungen durch Düngemittel und Gülle, Süsswasserverknappung, Flächenumwandlung, Verlust der Artenvielfalt, Luftverschmutzung, Rückgang der Ozonschicht, usw. Aber

auch unser gesellschaftliches Fundament ist ernsthaft bedroht. Noch nie zuvor in den letzten 70 Jahren fühlten sich Menschen so überfordert – ob durch Fake News, Polarisierungen, Konflikte, Informationsüberflutung – und die Komplexität sowie die Schnelligkeit der Veränderungen nehmen rapide weiter zu.

Erforderlich: Neue Ansätze

Wir brauchen faires und ethisches Wirtschaften, die Beachtung der Menschenwürde (auch im Ausland), gelebte Demokratie und die Bewahrung unserer Freiheitsrechte sowie eine überzeugende Vision, wie wir mit den Möglichkeiten der künstlichen Intelligenz und mit anderen rasant auf uns zukommenden technologischen Veränderungen umgehen wollen. Zu diesem Zweck sind integrale Konzeptansätze erforderlich, wie z.B. der «Gemeinwohl-Ökonomie», der «Blauen Wirtschaft», der «Eingebetteten Ökonomie» und der «Postwachstums-Ökonomie», sowie notwendige Korrekturen und richtunggebende Leitplanken für ein sinnorientiertes und ethisches Wirtschaften, das den Menschen dient und die Natur achtet.



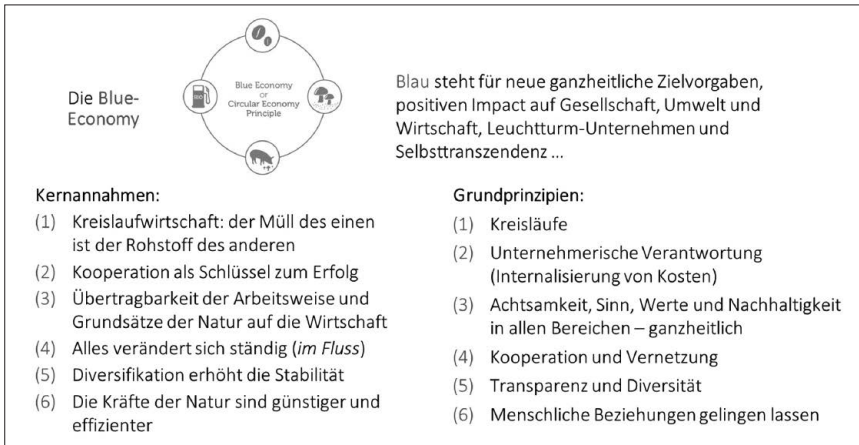
Nicht nur die Natur, sondern auch unser gesellschaftliches Fundament ist ernsthaft bedroht. Grafik aus Kate Raworth, «Donut Ökonomie» (2018), mit den wichtigsten Bedrohungen der ökologischen Decke und des gesellschaftlichen Fundaments.

statt ein Mittel zu sein für das, was wirklich zählt: ein gutes Leben für alle.» Mit diesem Leitsatz sieht sich die GWÖ als Veränderungshebel auf wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Ebene. Sie versteht ihre Konzepte und Tätigkeiten als ergebnisoffene, partizipative, lokal wachsende Prozesse mit globaler Ausstrahlung. Zu diesem Zweck hat sie u.a. das Transformationswerkzeug «Gemeinwohl-Bilanz» entwickelt, mit dem sich Unternehmen, Gemeinden, Bildungseinrichtungen sowie andere Organisationen (NGOs, Kirchen, Vereine, ...) auf umfassende Nachhaltigkeit und Gemeinwohlangagement überprüfen und weiterentwickeln können.

Die GWÖ stützt sich in der Schweiz auf die Bundesverfassung, die als übergeordneter Zweck in Artikel 2 die Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung und den inneren Zusammenhalt vorsieht. Zugleich bekennt sich die Schweiz in der Präambel zur Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen zu erhalten ist. Die GWÖ denkt deshalb Wirtschaft neu und fordert die Umsetzung eines breiten Pakets von Massnahmen. Sie bietet Vision, Konzeptansätze und Werkzeuge für eine nachhaltige, faire und den Menschen dienende Wirtschaft, welche die Natur achtet und von ihr lernt.

Die Gemeinwohl-Bilanz

Die Gemeinwohl-Bilanz ist dabei ein wichtiger Hebel, um das Bewusstsein und die Fähigkeit für nachhaltiges und gemeinwohlorientiertes Wirtschaften in Unternehmen und der Wirtschaft zu verankern. Sie ist ein wirkungsvolles, auf Werten basierendes Werkzeug, um sich entlang der gesamten Wertschöpfungskette – inklusive Kund*innen und Lieferant*innen – umfassend mit relevanten Nachhaltigkeits- und Gemeinwohlfeldern auseinanderzusetzen. Sie stellt hohe Ansprüche an Nachhaltigkeit und



Die Ansätze der «Blauen Wirtschaft» von Gunter Pauli kommen den Konzeptansätzen der GWÖ nahe. Die «Blaue Wirtschaft» lernt von den Naturgesetzen und löst die «Blase des industriellen Zeitalters» auf. (Quelle: Sustainable Companies, E. Oberleiter, G. Reifer, H.-U. Streit)

Gemeinwohlorientierung – deutlich höher als das, was Gesetze heute vorschreiben. Die Gemeinwohl-Bilanz hat einen hohen Nutzen. Sie ist leicht handhabbar und baut auf messbare Kriterien auf. Sie ist für Unternehmen aller Art geeignet, vom Kleinunternehmen bis zu Konzernen. Sie erlaubt, Ziele zu setzen und ihre Erreichung durch systematische Überprüfung des Ist-Zustands alle 2–3 Jahre zu prüfen, inklusive Verfassung und Veröffentlichung von entsprechenden Berichten. Auch für kleine und mittlere Organisationen (KMU) ist sie sinnvoll – z.B. angeleitet durch erfahrene Gemeinwohlberater*innen in einer regionalen Peergruppe zusammen mit 4–6 weiteren Unternehmen. Die Gemeinwohl-Bilanz ist ein erprobtes Werkzeug, um Zukunftsfähigkeit, Nachhaltigkeit, Agilität und Resilienz im Unternehmen zu verankern. Indem sie Motivation, Identifikation und emotionale Bindung der Mitarbeitenden mit den Unternehmen und deren Produkten enorm steigert, macht sie die Unternehmen als Arbeitgeber sehr attraktiv. Sie erlaubt, Trends und Marktveränderungen – insbesondere zu mehr Nachhaltigkeit – frühzeitig zu erkennen und somit entsprechende Produkte sowie Dienstleistungen an-

zubieten. Die GWÖ hat auch für Gemeinden und Regionen Ansätze entwickelt, um Nachhaltigkeit, Regionalität, Bürger*innenengagement und ein deutliches Mehr an Solidarität und Kooperation zu stärken. Stichworte dazu sind neben der Gemeinwohl-Bilanz der Zufriedenheits- bzw. Glücksindikator und die Gemeinwohlregion.

Verantwortung übernehmen

Die GWÖ setzt auf eine Reihe integraler Lösungsansätze (s. Kasten). Man denke dabei an den Kinofilm

«Tomorrow – die Welt ist voller Lösungen»: Es reicht nicht, nur zu kritisieren und die gewaltigen Herausforderungen zu thematisieren, sondern es gilt das «Neue», d.h. die vielen Best-Practice-Beispiele sichtbar zu machen. Als Transformationsinstrument dienen die vorbeschriebene Gemeinwohl-Bilanz, regionale GWÖ-Treffen, spezielle Unternehmertreffs sowie Konferenzen, z.B. die Zukunftskonferenz «Wirtschaft neu denken» vom 15.–17. April 2021. Weiter kooperiert die GWÖ-Bewegung mit wichtigen Volksinitiativen in der Schweiz und sucht den Kontakt zu den politischen Parteien.

Covid-19 hat uns auch in der Schweiz als Gesellschaft, aber auch die Wirtschaft aus der «Komfortzone» katapultiert. Die Gesundheit der Menschen hat plötzlich eine sehr hohe Beachtung bekommen und wir sind bereit, gewisse Einschränkungen zu akzeptieren. Kundenerwartungen verändern sich, die Wirtschaft reagiert darauf und sie wird erhebliche Anpassungen vornehmen müssen. Unternehmen sind plötzlich deutlich mehr bereit, die Nachhaltigkeitsanforderungen anzugehen und in ihren Geschäftskonzepten entsprechend zu verankern. Die Gemeinwohl-Bilanz kann sie dabei unterstützen. Und es geht um die

WERT	MENSCHENWÜRDE	SOLIDARITÄT UND GERECHTIGKEIT	ÖKOLOGISCHE NACHHALTIGKEIT	TRANSPARENZ UND MITENTSCHEIDUNG
A: LIEFERANT*INNEN	A1 Menschenwürde in der Zulieferkette	A2 Solidarität und Gerechtigkeit in der Zulieferkette	A3 Ökologische Nachhaltigkeit in der Zulieferkette	A4 Transparenz und Mitentscheidung in der Zulieferkette
B: EIGENTÜMER*INNEN & FINANZPARTNER*INNEN	B1 Ethische Haltung im Umgang mit Geldmitteln	B2 Soziale Haltung im Umgang mit Geldmitteln	B3 Sozial-ökologische Investitionen und Mittelverwendung	B4 Eigentum und Mitentscheidung
C: MITARBEITENDE	C1 Menschenwürde am Arbeitsplatz	C2 Ausgestaltung der Arbeitsverträge	C3 Förderung des ökologischen Verhaltens der Mitarbeitenden	C4 Innerbetriebliche Mitentscheidung und Transparenz
D: KUND*INNEN & MITUNTERNEHMEN	D1 Ethische Kund*innenbeziehungen	D2 Kooperation und Solidarität mit Mitunternehmen	D3 Ökologische Auswirkung durch Nutzung und Entsorgung von Produkten und Dienstleistungen	D4 Kund*innen-Mitwirkung und Produkttransparenz
E: GESELLSCHAFTLICHES UMFELD	E1 Sinn und gesellschaftliche Wirkung der Produkte und Dienstleistungen	E2 Beitrag zum Gemeinwesen	E3 Reduktion ökologischer Auswirkungen	E4 Transparenz und gesellschaftliche Mitentscheidung

Die Gemeinwohl-Bilanz für Unternehmen und andere Organisationen (NGOs, Bildungseinrichtungen, Kirchen).

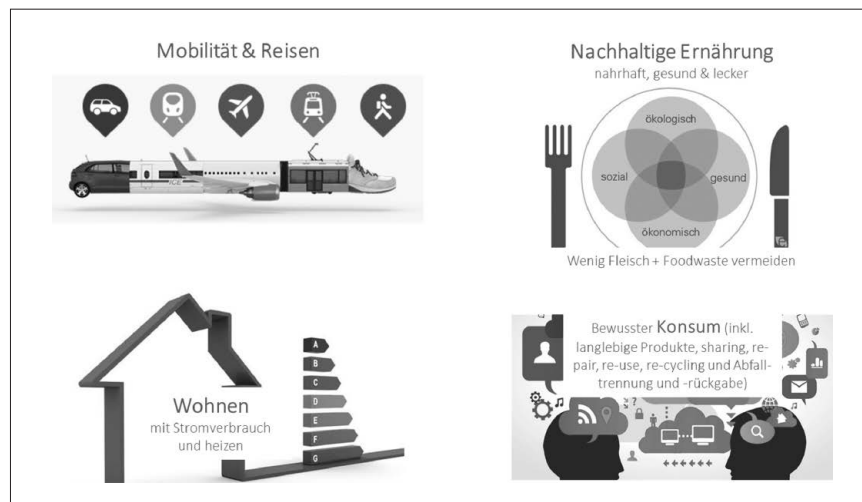


8

Übernahme von Verantwortung und darum, diese zu praktizieren – nicht nur bei Unternehmen, sondern auch bei den Konsumierenden. Im Thema Klimawandel wissen wir alle, dass wir die CO₂-Emissionen zeitnah drastisch reduzieren müssen (in der Schweiz von aktuell 14,7 Tonnen auf unter 4 Tonnen CO₂ pro Kopf). Die wichtigsten Hebel sind der Ersatz von fossilen Brennstoffen durch erneuerbare Energien und eine drastische Reduktion der Viehhaltung. Die Gemeinwohl-Bilanz hilft Unternehmen, Reduktionspotentiale zu erkennen und die entsprechenden Massnahmen einzuleiten. Klimaneutralität bis 2030 (und nicht eine Halbierung des CO₂-Fussabdrucks) ist ein Gebot der Stunde. Jeder Bürger/Konsument kann dazu seinen Beitrag leisten – ob durch eine Veränderung des Mobilitäts- und Reiseverhaltens, eine gesunde Ernährung mit deutlich weniger Fleisch und reduziertem Foodwaste, Umstellung auf erneuerbare Energien beim Wohnen (Strom und Heizung) sowie einem bewussteren Konsumverhalten (weniger ist mehr).

Gemeinsam vorgehen

Die GWÖ-Bewegung leistet einen wichtigen Beitrag für ein Umdenken und eine Verhaltensänderung in Wirtschaft und Gesellschaft. Sie sucht die Vernetzung mit Gleichgesinnten und ist der Überzeugung, dass ihre Transformationsinstrumente wirksam sind. Dazu ist sie im Gespräch mit den politischen Parteien in den einzelnen Nachbarländern, der EU und auch in der Schweiz. In Baden-Württemberg z.B. wurde die Gemeinwohl-Bilanz im Parteiprogramm der Grünen sowie im Regierungsprogramm der grün-schwarzen Koalition aufgenommen. Sie kommt bereits zur Anwendung bei Unternehmen, kommunalen Betrieben und Städten/Gemeinden. Die GWÖ sucht in der Schweiz und auch in Zug ehrenamtliche Aktivist*innen, die helfen, dass z.B. die Gemeinwohl-Bilanz als Transformationsinstrument in Unter-



Die vier wichtigsten Hebel und Bereiche zur Senkung des ökologischen Fussabdrucks im privaten Bereich. Stellen Konsument*innen ihr Verhalten in Richtung mehr ökologisches Bewusstsein um, wird die Wirtschaft darauf sofort reagieren.

nehmen und Gemeinden bekannt wird und zum Einsatz kommt. Die GWÖ unterstützt Veranstaltungen mit Vorträgen und erprobten Workshops, so dass Bürger*innen und Konsument*innen

beginnen, die Hebel zum Klimaschutz für einen deutlich gesenkten CO₂-Fussabdruck zu verstehen, bei sich selbst anfangen und damit mit gutem Beispiel vorangehen. ■

Die integralen Lösungsansätze der Gemeinwohl-Ökonomie:

1. Werte- und Sinnorientierung: Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Transparenz und Mitentscheidung in Wirtschaft und Gesellschaft,
2. Enkeltauglichkeit, Zukunftsfähigkeit, Ressourcenschonung, Beachten der planetaren Grenzen, Lernen von der Natur und Schutz unseres gesellschaftlichen Fundaments,
3. ein erfülltes Leben und das Gelingen menschlicher Beziehungen,
4. die Umkehr der Prioritäten zwischen Geld als Mittel zur Transaktionsunterstützung vs. Geld als Zweck des Wirtschaftens,
5. Verhinderung von Machtmissbrauch und -konzentration (Grosskonzerne, Übernahmen, Korruption, ...),
6. eine (wieder) funktionierende soziale Marktwirtschaft ohne neoliberalistische Ausrichtung.

Weitere Informationen zur Gemeinwohl-Ökonomie:

- Schweiz: gwoe.ch
- International / Dachverband: ecogood.org
- Auf Youtube: «gwö erklärt»
- Zur Gemeinwohl-Bilanz: ecogood.org/de/unsere-arbeit/gemeinwohl-bilanz

Ein Beitrag von Dr. Ralf Nacke, Hünenberg See, Ökonom und Jurist (LMU München), Mitglied im Vorstand der Gemeinwohl-Ökonomie Schweiz (gwoe.ch) und Unternehmensberater für umfassende Nachhaltigkeit und Organisationsentwicklung (cmapartners.ch). Kontakt: ralf.nacke@gwoe.ch

Innovatives Oberägeri

Paul Iten, Gemeinderat, Oberägeri

Die Inhaber der beiden Hausarztpraxen in Oberägeri, Dr. Joachim Henggeler und Dr. Emil Schalch, haben während vieler Jahre die ärztliche Grundversorgung in der Gemeinde sichergestellt. Da die Nachfolge für die beiden Ärzte und ihre Praxen bisher nicht zufriedenstellend gelöst werden konnte, bestand die Gefahr, dass die ärztliche Grundversorgung in Oberägeri demnächst nicht mehr gewährleistet werden konnte. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat, welcher für die Sicherstellung der ärztlichen Grundversorgung verantwortlich ist, zu Beginn des Jahres 2019 mit den beiden Ärzten Kontakt aufgenommen, um gemeinsam eine neue Lösung zu finden.

In der Folge arbeiteten das Sozialamt Oberägeri und die beiden Ärzte an einer Projektidee mit dem Titel «Gesundheitspunkt Oberägeri». Der Gesundheitspunkt neben der hausärztlichen Grundversorgung auch ein breites und niederschwelliges sozialmedizinisches Dienstleistungsangebot im Sinne einer integrierten Versorgung vorsehen. Der Wegzug der Filiale der Raiffeisenbank Ägerital-Sattel aus Oberägeri per Mitte 2020 bietet dem Projekt die nötigen Räumlichkeiten. Das inzwischen ausgearbeitete Projekt «Gesundheitspunkt Oberägeri» sieht den Aufbau einer modernen Gesundheitsversorgung für die Gemeinde vor, welche unter Integration der vorhandenen Gesundheitsressourcen der Gemeinde sowie unter Wahrung der Kosteneffizienz möglichst an einem Standort eine bedarfs- und bedürfnisgerechte Gesundheitsversorgung für die Menschen in der Gemeinde anbietet. Neben dem Angebot von sozialmedizinischen Versorgungsdiensten soll auch der Einbezug der gemeindlichen Ressourcen (Freiwilligenorganisationen) des Gesundheitswesens verbessert werden. Verschiedene der vorgesehenen Dienstleistungen werden gemäss «Tarmed» (ärztliche Leistungsabrechnung) nicht oder nur teilweise von den Versicherern übernommen. Bestrebungen, die Verrechnbarkeit von Leistungen an die Erfordernisse einer zukunftsgerichteten integrierten Versorgung anzupassen, sind noch im Gange. Für die Umsetzung des Projekts «Gesundheitspunkt Oberägeri» ist eine

dreijährige Projektphase vorgesehen, welche am 1. Oktober 2020 beginnt und bis zum 30. September 2023 dauert. Zur Absicherung des finanziellen Risikos aufgrund der nicht verrechenbaren Leistungen während der Projektphase beantragte die Gemeinde der Gemeindeversammlung im September 2020 eine Defizitgarantie von 300 000 Franken für die Phase Oktober 2020 bis September 2023. Dieser Antrag wurde dann vom Souverän grossmehrheitlich (2 Gegenstimmen) angenommen.



Helle Praxisräume für das neue «Gesundheitspunkt Oberägeri»

Nutzen für die Bevölkerung und die Gemeinde Oberägeri

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass das Konzept des Gesundheitspunktes Oberägeri einen hohen gemeinwirtschaftlichen Wert für die Bevölkerung und die Gemeinde darstellt. Die wichtigsten Punkte lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Sicherstellung der hausärztlichen Grundversorgung durch den Aufbau einer neuen Gruppenpraxis
- Zusätzliche Schaffung oder Sicherung eines Dienstleistungsangebotes in den Bereichen Geriatrie, Pädiatrie (Kinder- und Jugendmedizin) und Kardiologie
- Sicherung der heimärztlichen Versorgung der Pflegeheime im Tal durch die Ansiedlung von Geriatrie-Know-how
- Sicherung der schulärztlichen Versorgung
- Niederschwellige Beratung in der Praxis oder vor Ort für Patientinnen und Patienten und deren Angehörige in Fragen zu den Bereichen Gesundheit, Pflege und Soziales

- Ausbildung der Freiwilligenorganisationen des gemeindlichen Gesundheitswesens (Pro Senectute, Pro Infirmis, Hospiz, Nachbarschaftshilfe, Wegbegleitung, Samariterverein, frohes Alter, Altersrat, etc.) und Koordination derselben im Gesundheitsbereich
- Erweiterte, kundenbedürfnisorientierte Praxisöffnungszeiten
- Schaffung von 10 bis 20 zum Teil hochqualifizierten Arbeitsplätzen in Oberägeri
- Stärkung der Standortattraktivität der Gemeinde ■

Die Lage an der Front

Anika Brunner, Pflegefachfrau

10

Relativ schnell wurde hierzulande sowie im Ausland mit Schrecken festgestellt: Auch in der zweiten Welle der Covid-19-Pandemie droht ein Pflegenotstand. Genauer: Es ist ein Kernproblem in der Pandemiekrise. Es fehlen nicht primär belegbare Betten, sondern Pflegefachleute, welche die PatientInnen in diesen Betten überhaupt betreuen könnten.

Bereits seit Jahren zeigt sich, dass der Bedarf an Pflegefachpersonal wächst, während gleichzeitig die Hälfte der Berufsleute ihren Job an den Nagel hängt. Der aktuelle Notstand an Pflegefachleuten kommt also nicht überraschend, denn der Beruf kämpft seit Jahren mit denselben Problemen. Diese Pandemie führt zu einer zu-

dass viele aus dem Beruf aussteigen. Das wiederum verschärft den Personalmangel und die Belastung für die verbleibenden Berufsleute. Diese Entwicklung führt zwingend zu einer verminderten Qualität der Pflege. Das ist aus einer kürzlich publizierten Studie der Universitäten Basel und Bern zu entnehmen, in welcher



Arbeiten bis zur Erschöpfung: im Pflegebereich eine hochgefährliche Angelegenheit.
Bild: Freestock

sätzlichen Belastung des Pflegepersonals. Doch das Wichtigste ist dabei einzusehen: Die Probleme waren schon vorher da. Die Pandemie wirkt lediglich wie ein beschleunigender Katalysator.

Pflege ist gefährlich

Die Pflege heute ist häufig gefährlich. Das war bereits vor Corona so. Wir sind schlichtweg zu oft zu wenig Personal oder zu wenig gut qualifiziertes Personal. Und das in beinahe allen Institutionen. Im konkreten Alltag bedeutet das, die Verantwortung für deutlich mehr PatientInnen tragen zu müssen. Diese hohe Verantwortung und die manchmal kaum zu bewältigenden Arbeitspensen führen dazu,

Daten aus über 135 Schweizer Spitälern ausgewertet wurden. Je geringer der Anteil qualifizierter Pflegefachpersonen in einem Pflorgeteam, desto mehr Komplikationen gibt es in der Patientenbetreuung und desto höher ist die Sterblichkeit.

Die Grundanforderungen im Pflegeberuf sind hoch und wir sind oft mit komplexen und schwierigen Situationen konfrontiert. Es gibt wohl wenige Berufe, bei welchen man so nahe am Leben ist, wie als Pflegefachperson. Wir sind ausgebildet, um mit den damit einhergehenden Belastungen umgehen zu können. Wenn jedoch die Arbeitsbedingungen einem nicht ermöglichen, seinen Job richtig zu machen, und man sich manchmal

fühlt wie eine Kuh in der Milchindustrie, dann läuft etwas falsch. Gewaltig falsch.

Der Pflegenotstand verschärft sich

Kommentar auf der Website von SRF zu einem Artikel betreffend die Situation von Pflegenden auf der Covid-Station: «Es ist total frustrierend. Und die einzige Lösung ist, sich von der Pflege am Bett zu lösen und zum Eigenschutz etwas anderes zu suchen. Leider.» Wenn wir die Pandemie hinter uns haben werden, werden wir möglicherweise einen noch gravierenderen Pflegenotstand haben als davor, befrüchten ExpertInnen.

Es muss klar sein: Ein weiteres Mal klatschen ist nett, aber es müssen nun endlich Taten auf politischer Ebene folgen, sonst wird es fatale Folgen geben. Nicht nur für den Personalbestand in der Pflege, sondern für die ganze Bevölkerung. Seit Jahren melden sich Pflegende zu Wort, um auf die schlechten Arbeitsbedingungen aufmerksam zu machen. Die Reaktionen der Politik: nichts tun, schönreden oder gar bagatellisieren.

Alle EntscheidungsträgerInnen sollten einen Tag lang mich und meine KollegInnen in der Pflege begleiten. Ihnen würde es schnell klar, dass die Patientensicherheit und die Qualität der Arbeitsbedingungen in der Pflege zwei Seiten derselben Medaille sind. Hier geht es nicht um Partikularinteressen einer Berufsgruppe, sondern um das Interesse der Allgemeinheit. Es geht letztendlich darum, wie wir mit Menschen umgehen, die aus gesundheitlichen Gründen auf die Unterstützung anderer angewiesen sind. ■

Autorin

Anika Brunner hat Pflegewissenschaften studiert. Sie arbeitet zurzeit als diplomierte Pflegefachfrau auf der Covid-19-Station in einem Zürcher Spital und ist Vorstandsmitglied der Grünen Zürich.

Crypto

Manuela Weichelt-Picard, Nationalrätin

Die Alternativen – die Grünen wiesen während Jahrzehnten auf die Machenschaften der Steinhauser Firma Crypto hin. Immer wieder äusserten sie Vermutungen zur ausländischen Besitzerschaft. Ein Bericht der Geschäftsprüfungsdelegation der Bundesversammlung bestätigt das nun offiziell.

Als ich mich anfangs der 90er Jahre in Steinhausen niederliess, hörte ich Gerüchte um die Besitzverhältnisse der Crypto AG. Die Alternativen – die Grünen organisierten bereits 1994 ein erstes Podium zu diesem Thema. Als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates habe ich im November die Veröffentlichung des Berichts der Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel) zum Fall Crypto mitentschieden.

Missbrauch der Schweizer Neutralität

Die GPDel stellt fest, dass die Schweizer Behörden eine Mitverantwortung für die Aktivitäten der Crypto AG tragen. Während die Crypto vom Image der Schweiz als neutrales Land profitierte, wurde sie vom amerikanischen Geheimdienst im Einvernehmen mit dem strategischen Nachrichtendienst des Bundes (SND) kontrolliert. Die gemeinsame Nutzung einer Schweizer Firma durch den SND und einen ausländischen Dienst war zwar legal. Allerdings ist es laut GPDel inakzeptabel, dass die Vorstehenden des VBS nichts von dieser Operation erfuhren. Wussten die Verteidigungsminister tatsächlich nichts?

Spuren vernichten

Was muss man machen, damit man nachträglich nichts mehr beweisen kann? Spuren vernichten. Der Bundesrat liess das zu, indem er über Jahrzehnte den Nachrichtendiensten erlaubte, im grossen Stil und vorschriftswidrig wichtige Akten der Archivierung zu entziehen. So vernichtete der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) noch zwischen 2011 und 2014 Unterlagen aus dem Verkehr mit ausländischen Partner-

diensten. Auch zeigt der Bericht auf, wie die zuständigen Bundesräte ihre Führungsgespräche protokollierten: nämlich in der Regel gar nicht.



Sitzung in der Wandelhalle.

Wer wusste was?

Bereits in den 70er Jahren wandte sich ein ehemaliger Mitarbeiter der Crypto an die Bundespolizei mit dem Hinweis, die Firma würde deutschen und amerikanischen Geheimdiensten gehören, und dass man Schwachstellen in die Geräte einbaue, um chiffrierte Meldungen zu entschlüsseln. Auch der lange in Iran inhaftierte Crypto-Exportmitarbeiter Hans Bühler soll sich laut seiner Tochter wiederholt an Bundespolizei, EDA und Nachrichtendienst gewendet haben. Bundesrat Koller liess Bundesrat Villiger 1995 einen Bericht zur Crypto zukommen. In einem Schreiben teilte er mit, dieser Bericht dürfte bei einem Gespräch von Bundesrat Villiger mit Nationalrat Stucky über die

Eigentumsverhältnisse der Firma von Nutzen sein. Die GPDel fand keine Akten zu diesem Gespräch. Kaspar Villiger selbst geht davon aus, dass ein Gespräch stattfand, mag sich aber nicht erinnern, ob die Eigentumsverhältnisse der Crypto ein Thema waren.

Im neusten Buch von Res Strehle «Operation Crypto» ist zu lesen: «Beim Mittagessen drohten die beiden Verwaltungsräte (Anm. Weichelt: einer war Stucky) unverzüglich zurückzutreten, wenn ihnen Gruppe nicht sagte, wem die Firma gehörte. Mit dem Rücken zur Wand sagte Gruppe, dass die Amerikaner hinter der Firma stünden und dass das Programm der westlichen Aufklärung diene. Weit davon entfernt, erzürnt zu sein, akzeptierten die beiden diese Enthüllung ruhig. Einige Tage später traf Stucky den Verteidigungsminister Kaspar Villiger zum Thema Crypto. Im Lauf des Meetings sagte Villiger: «Ah, du bist also der Guy, der im Verwaltungsrat dieser CIA-Firma sitzt ...»

Volle Transparenz fehlt

Mein Antrag, der Geschäftsprüfungskommission auch den Bericht des Untersuchungsbeauftragten vorzulegen, welcher den GPDel-Bericht massgeblich ergänzt, wurde abgelehnt. Leider ist man bis heute nicht bereit, volle Transparenz in dieses dunkle Kapitel zu bringen. Die Grünen und die SP fordern eine PUK. ■

Details

Der Bericht der Geschäftsprüfungsdelegation des Parlaments ist unter [parlament.ch/press-releases/Pages/mm-gpdel-2020-11-10.aspx](https://www.parlament.ch/press-releases/Pages/mm-gpdel-2020-11-10.aspx) abrufbar. Oder in Google «geschäftsprüfungsdelegation crypto» eingeben.

Zweimal JA

Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN

12

Im Juni 2021 kommen zwei Initiativen zur Abstimmung, die sich mit der Landwirtschafts- und Ernährungspolitik der Schweiz beschäftigen. Die heutige Landwirtschaft belastet Böden, Luft und Gewässer bis hin zum Trinkwasser massiv. Die «Trinkwasserinitiative» und die Initiative «Schweiz ohne synthetische Pestizide» schaffen die Rahmenbedingungen, um diese Umweltschäden endlich einzudämmen. Darum hat die Grüne Partei der Schweiz an der Delegiertenversammlung ein zweifaches JA beschlossen.

Die Landwirtschaft hat keines ihrer selbst gesetzten Umweltziele erreicht. Jährlich bringt sie 2000 Tonnen Pestizide in die Umwelt aus. Das belastet unsere Lebensgrundlage, bis hin zu Giftstoffen im Trinkwasser. Zu grosse Tierbestände setzen riesige Mengen Klimagase frei. Über 100 000 Tonnen Stickstoff gehen nicht in die Pflanzen, sondern überdüngen Wälder und

Gewässer – jedes Jahr. Das reduziert die Artenvielfalt in rapidem Tempo. Das wollen die UnterstützerInnen der beiden Initiativen nicht länger hinnehmen.

Die neue Agrarpolitik ab 2022 (AP22+) wollte die Missstände zumindest in Ansätzen korrigieren. Doch sogar dagegen stemmt sich der Schweizer Bauernverband (SBV) und versucht – voraussichtlich er-

folgreich – die AP22+ auf die längste Bank zu schieben. Der SBV soll sogar die Nein-Parole zur Konzernverantwortungsinitiative vor allem deshalb beschlossen haben, damit die Wirtschaft ihn ihrerseits gegen die AP22+ unterstütze.

Die Initiativen im Überblick

Die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» verlangt den Verzicht auf synthetische Pestizide in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und in der Boden- und Landschaftspflege. Die Übergangsfrist beträgt zehn Jahre. Auch die Einfuhr von Lebensmitteln, die synthetische Pestizide enthalten oder mithilfe solcher hergestellt worden sind, soll verboten werden, um die inländische Landwirtschaft nicht zu benachteiligen. Das Volksbegehren «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung (Trinkwasserinitiative)» will, dass die landwirtschaftlichen Direktzahlungen nur noch LandwirtInnen zugutekommen, die ohne Pestizide und ohne prophylaktischen Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung auskommen. Und die einen der Produktionsfläche angepassten Tierbestand halten. (Weitere Informationen siehe Kasten.)

Kritik

Man möchte meinen, die Initiativen sollten von Seiten Biolandbau die volle Unterstützung geniessen. Bei der «Sans Pest» ist das so. Die Trinkwasserinitiative hingegen ist umstritten. KritikerInnen monieren, sie würde die Importe nicht gleichbehandeln und dadurch einheimische Lebensmittel mit strengeren Auflagen benachteiligen. Das tut der Initiative unrecht. Man darf davon ausgehen, dass der neue Artikel 104a in der Bundesverfassung umgesetzt ist, wenn sie in Kraft tritt. Dieser Artikel zur Ernährungssicherheit, den das Volk im September 2017



Umweltschäden eindämmen und Biodiversität fördern – das wollen beide Initiativen. Geben wir ihnen eine Chance mit zweimal JA!

mit grossem Mehr angenommen hat, verlangt unter anderem «grenzüberschreitende Handelsbeziehungen, die zur nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen» (Art. 104a Bst. d BV). Die Importfrage sollte also schon auf diesem Weg geklärt sein. Ferner kann eine Initiative nicht alles leisten, sie muss die Einheit der Materie wahren und weil es bei der Trinkwasserinitiative um Direktzahlungen geht, kann sie den Konsum nicht integrieren.

Die Delegierten von Bio-Suisse haben kürzlich die Parolenfassung zur Trinkwasserinitiative auf April 2021 verschoben. Der Vorstand hatte ihnen die Nein-Parole empfohlen, doch sie folgten ihm nicht. Die Kleinbauernvereinigung hat Stimmfreigabe zu dieser Initiative beschlossen.

Und jetzt?

Die Grüne Partei der Schweiz ist der Meinung, dass eine Trendwende in der Agrarpolitik der Schweiz überfällig sei. Die Schweiz ist bei der Reduktion des Pestizideinsatzes im internationalen Vergleich bestenfalls noch Mittelklasse. Nur ein doppeltes JA zu beiden Initiativen setze in der blockierten Agrarpolitik ein klares Zeichen und mache die Landwirtschaft für alle gesünder und umweltfreundlicher.

Die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU) bauen derzeit ein unabhängiges, parteiübergreifendes Komitee 2xJA zur Unterstützung der beiden Initiativen auf. Sie sind überzeugt, damit eine Mehrheit der Bevölkerung anzusprechen. Die AefU zeigen sich sehr besorgt über den massiven Pestizideinsatz in der Landwirtschaft und seine Auswirkungen auf die Gesundheit von Menschen und die Umwelt. Sie wollen nicht zulassen, dass die Initiativen gegeneinander ausgespielt werden, worauf die Gegner einer klima- und zukunftstauglichen Lebensmittelproduktion nur warten würden. ■

Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide

Die Initiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» wurde von einer Gruppe engagierter Bürgerinnen und Bürger, darunter Winzer, Ärztinnen und WissenschaftlerInnen, ins Leben gerufen. Sie fordert den Verzicht auf synthetische Pestizide in der Nahrungsmittelproduktion, bei öffentlichen Plätzen und Privatpersonen mit einer Übergangsfrist von zehn Jahren und schützt die inländische Landwirtschaft durch gleiche Regeln für Importe. Mehr Informationen unter lebenstattgift.ch und future3.ch.

Initiative für sauberes Trinkwasser

«Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» heisst die Initiative in voller Länge und stellt unser wichtigstes Lebensmittel – das Trinkwasser – ins Zentrum. Es entsteht zum grossen Teil durch die Versickerung des Regens dort, wo auch unsere Nahrung wächst, auf landwirtschaftlich genutzten Böden. Diese Böden sind der beste Trinkwasserfilter und ein grosser Wasserspeicher. Unsere heutige intensive Landwirtschaft setzt riesige Mengen an Pestiziden, Antibiotika, Importfutter und Düngemittel ein. Das bedroht die Qualität unseres Trinkwassers, unserer Nahrung, die Biodiversität, das Klima und die Luft. Die Initiative fordert, dass die Subventionen an die Landwirtschaft nur für Bewirtschaftungsweisen ausgerichtet werden, welche die Gesundheit und die Umwelt nicht gefährden und das Trinkwasser nicht verschmutzen. initiative-sauberes-trinkwasser.ch

Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU)

Die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU) entstanden aus der Sorge um eine zunehmend kranke Umwelt, die unsere Gesundheit bedroht und das Leben künftiger Generationen in Frage stellt. Die Mitglieder sind überwiegend HumanmedizinerInnen, aber auch Zahn- und TierärztInnen, sowie Studierende dieser Berufe. Angehörige anderer Berufe unterstützen die Vereinsziele als GönnerInnen. Der Verein wurde 1987 gegründet. aefu.ch

10 Prozent geknackt

Konradin Franzini, Vorstand Junge Alternative Zug

14

Viele von euch mögen sich an den Wahlsonntag im Oktober 2019 erinnern. Die Grünen Schweiz erzielten mit einem Gewinn von 6,18 Prozent und 17 zusätzlichen Sitzen im Nationalrat einen historischen Erfolg. Gut neun Monate später ist die Selects (Swiss Election Study) erschienen, welche die Wahlergebnisse genauer unter die Lupe nimmt.

Als angehender Politikwissenschaftler und interessierter Leser dieser Wahlstudie möchte ich euch die wichtigsten Erkenntnisse in gekürzter Form vorstellen. Mir ist an dieser Stelle wichtig zu betonen, dass ich nicht alle Aspekte dieser 100-seitigen Studie wiedergeben kann. Aspekte wie die Wähler*innenvolatilität, die Veränderung der politischen Wertehaltung, die Parteienpolarisierung sowie auch die Rolle der Medien und der Sozialen Medien werden nicht beleuchtet. Diese Aspekte können gerne in weiteren Artikeln aufgegriffen werden. Die Wahlstudie kann selbst heruntergeladen und analysiert werden (s. Kasten). Im Folgenden das Wichtigste in Kürze.

Grüne Schweiz

Den Grünen gelang es zum ersten Mal in ihrer Parteigeschichte, die symbolträchtige Zehn-Prozent-Hürde zu nehmen. Damit löst sie erstmalig mit einem Wähler*innenanteil von 13,2 Prozent (+6,18 Prozentpunkte) die CVP als viertstärkste Kraft ab. Ausschlaggebend für diesen Erfolg war die gute Themenlage (Klima- und Frauen*wahl), welche zur Mobilisierung neuer Wähler*innengruppen führte. Überraschenderweise nahmen aber 44 Prozent jener, die 2015 grün gewählt hatten, 2019 nicht mehr an den Wahlen teil. Von den restlichen 56 Prozent wählten jedoch vier von fünf Wähler*innen erneut die Grüne Partei. Rund ein Drittel der 2019 Grün-Wählenden hatten 2015 ihre Stimme noch der SP gegeben. Damit stellt die ehemalige SP-Wähler*innenschaft knapp den grössten Teil des jetzigen Grünen-Elektorats dar. Der Wahlerfolg der Grünen ist also nicht auf eine gute Mobilisierung der eigenen Basis zurückzuführen. Bei der

jüngeren Wähler*innenschaft haben die Grünen schon immer überdurchschnittlich stark abgeschnitten. Im Vergleich zu 2015 war der Zuwachs in dieser Altersgruppe dennoch enorm: Der Wähler*innenanteil der Grünen stieg bei den 18- bis 34-Jährigen von acht auf 19 Prozent. Unter den 35- bis 54-Jährigen wurde eine Verdoppelung des Grünen-Wähler*innenanteils registriert und bei den über 54-Jährigen beinahe ebenso.



Die typische Wähler*innenschaft der Grünen Schweiz ist jung, weiblich, ledig und konfessionslos. Auch wählen überdurchschnittlich oft Personen mit einer Tertiärbildung sowie einem Migrationshintergrund die Grüne Partei. Wer die Grünen Schweiz wählt, arbeitet oft im öffentlichen Sektor, bei einer Non-Profit-Organisation oder befindet sich noch im Studium. Bei der Einkommensklasse sind keine eindeutigen Tendenzen sichtbar.

SP Schweiz

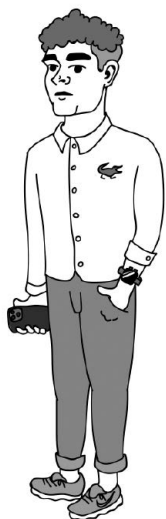
Die SP ist mit einem Verlust von zwei Prozentpunkten (neu 16,8 Prozent) nach der SVP die zweitgrösste Verliererin der Wahlen 2019 und musste damit das schlechteste Ergebnis seit mehr als 100 Jahren (seit der Einführung der Proporzwahl) hinnehmen. Grundsätzlich konnte die SP ihre Parteibasis gut zur Urne mobilisieren, verlor aber fast ein Viertel ihrer ehemaligen Wähler*innenschaft an die Grünen.



Die typische Wähler*innenschaft der SP Schweiz ist weiblich, konfessionslos sowie unter 45 Jahre oder über 54 Jahre alt. Überdurchschnittlich oft wählen verwitwete Personen die SP Schweiz. Unter denjenigen Wählenden, die die obligatorische Schule oder eine Anlehre als höchsten Bildungsabschluss angaben, ist die SP übervertreten. Einen ebenfalls hohen Wähler*innenanteil weist die SP bei Personen mit einer Tertiärbildung auf. Bei der Einkommensklasse ist keine eindeutige Tendenz sichtbar. SP-wählende Personen arbeiten zudem meistens im öffentlichen Sektor, bei einer Non-Profit-Organisation oder in gemischtwirtschaftlichen Unternehmen wie beispielsweise der Swisscom.

GLP Schweiz

Von der Klimawahl konnte die GLP ebenfalls profitieren: Die Partei verfügt zwar nach wie vor über keine Stammwähler*innenschaft. So konnte sie nur etwa 64 Prozent der Wähler*innenschaft von 2015 halten. Zudem wählten weniger als die Hälfte jener, die im Frühsommer eine GLP-Wahl beabsichtigten, tatsächlich GLP. Profitieren konnte die GLP jedoch von ehemaligen SP- sowie FDP-Wählenden. 16 Prozent ihrer aktuellen Wähler*innenschaft besteht aus ehemaligen SP-Wählenden und zwölf Prozent aus ehemaligen FDP-Wählenden. Beliebt ist die GLP ebenfalls bei der jungen, urbanen Wähler*innenschaft. Die GLP ist ähnlich wie die Grünen im jungen Elektorat ausserordentlich gut verankert. Gegenüber 2015 erzielte sie bei 18- bis 34-Jährigen eine Verdoppelung ihres Wähler*innenanteils.



Die typische GLP-Wähler*innenschaft ist eher jung (unter 35 Jahre alt), ledig und konfessionslos. Bei den Geschlechtern ist keine Tendenz sichtbar. Der höchste Bildungsabschluss ist bei GLP-Wähler*innen oftmals eine Tertiärbildung. Interessant ist, dass Wähler*innen der höchsten Einkommensklasse (über 12000 Franken) überdurchschnittlich oft GLP wählen.

CVP Schweiz

Für eine weitere Überraschung sorgte die CVP, welche die über Jahre anhaltenden Verluste stoppen konnte. Mit einem Verlust von 0,2 Prozentpunkten (neu 11,4 Prozent) und drei Mandaten weniger konnte die CVP ihre Position knapp über der Zehnprozentmarke stabilisieren. Grund dafür ist die sehr loyale, aber auch alte Stammwähler*innenschaft, welche die Partei gut mobilisieren konnte. Es zeigt sich, dass die Partei wenig attraktiv für Erst- und Wechselwähler*innen ist.



Die typische CVP-Wähler*innenschaft ist eher alt (über 35 Jahre), verheiratet und katholisch. Bei den Geschlechtern wie auch der Einkommensklasse ist keine Tendenz zu erkennen. Unter denjenigen Wählenden, die die obligatorische Schule oder eine Anlehre als höchsten Bildungsabschluss angaben, ist die CVP sehr stark übervertreten.

FDP Schweiz

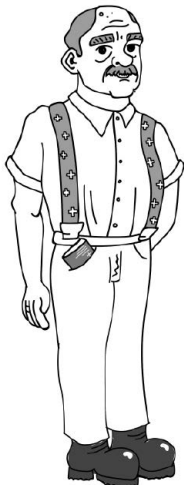
Mit einem Verlust von 1,3 Prozentpunkten (neu 15,1 Prozent) hat die FDP ihr Wahlziel, die SP zu überholen, deutlich verfehlt. Der Partei blieben grössere Verluste aufgrund einer relativ treuen und stabilen Wähler*innenbasis erspart. Abwanderungen der FDP-Wähler*innenschaft zur SVP und GLP konnten beobachtet werden. Die FDP ihrerseits konnten jedoch auch ehemalige SVP-Wählende dazugewinnen, welche nunmehr neun Prozent ihres Elektorats ausmachen. Einzig bei der weiblichen Wähler*innenschaft zeigten die Freisinnigen Probleme in der Mobilisierung. Nur durchschnittlich schnitt die FDP unter Erstwählenden und gar unterdurchschnittlich unter Neumobilisierten (jenen Wählenden, welche 2015 noch nicht gewählt hatten) ab.



Die typische Wähler*innenschaft der FDP ist tendenziell männlich, alt, verheiratet und protestantisch. FDP-Wählende weisen oftmals ein höheres Bildungsniveau als die Durchschnittsbürger*in aus und arbeiten in der Privatwirtschaft. Zudem sind Wählende der FDP eher in den oberen Einkommensschichten anzusiedeln. So belegen sie in der obersten Einkommensschicht (über 12000 Franken) den ersten Platz.

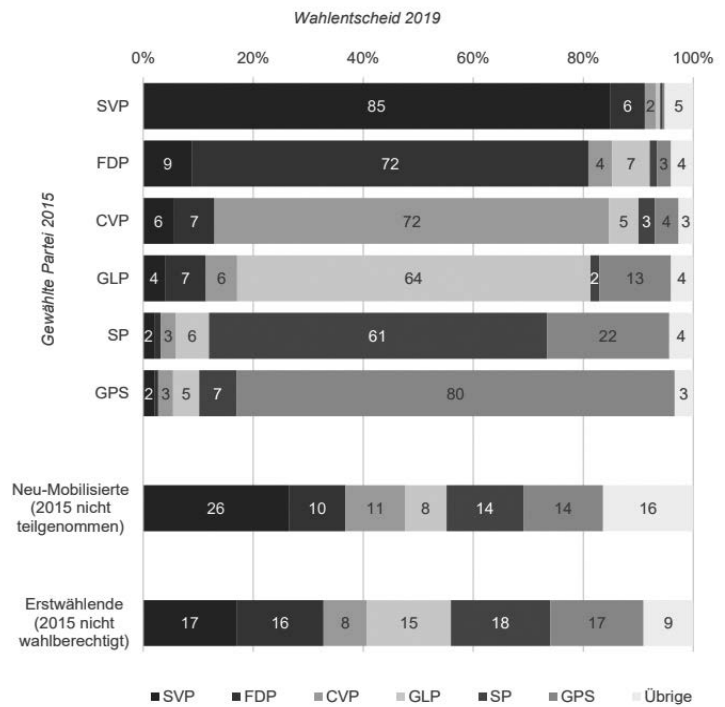
SVP Schweiz

Grösste Verliererin der Wahlen 2019 ist die SVP mit einem Verlust von 3,8 Prozentpunkten. Dass die Partei nach wie vor 25,6 Prozent der Wähler*innenstimmen erhält, verdankt sie einer stabilen und loyalen Wähler*innenbasis. Überwältigende 85 Prozent derjenigen, die bereits 2015 SVP gewählt hatten und 2019 wiederum an den Wahlen teilnahmen, legten erneut SVP ein. Federn lassen musste sie aufgrund einer schwachen Mobilisierung ihrer eigenen Wähler*innenbasis. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte gingen weniger als 50 Prozent der SVP-Anhängerschaft an die Urne. Auch die für die SVP ungünstige Themenlage sorgte für Sitzverluste. Das Thema Migration hatte bei den Wahlen 2019 keine grosse Relevanz bei den Wählenden.

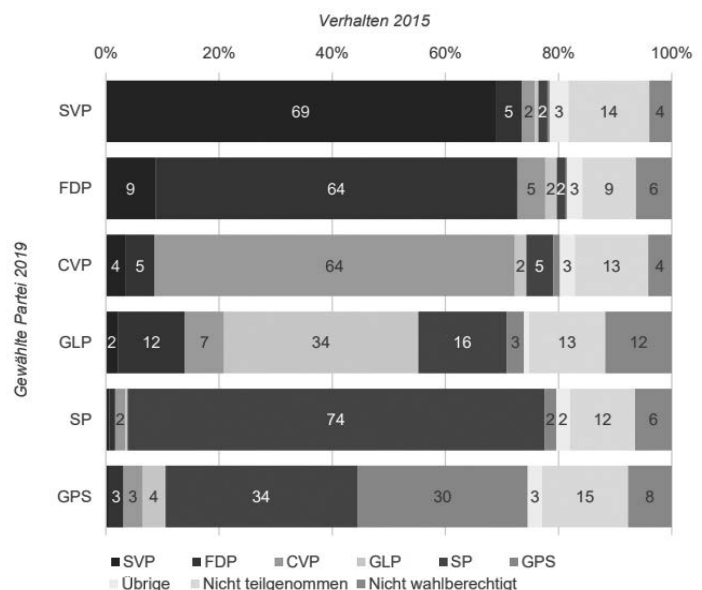


Die typische SVP-Wähler*innenschaft ist männlich und alt. Bei der Konfession lässt sich keine Tendenz zwischen katholisch oder protestantisch erkennen. Wie bei der SP wählen überdurchschnittlich oft verwitwete Personen die SVP. Der höchste Bildungsabschluss ist oftmals eine Berufslehre. Die SVP-Wähler*innenschaft ist zudem in allen Einkommensschichten anzusiedeln, tendenziell aber eher in den tieferen Einkommensklassen. Zudem arbeitet die SVP-Wähler*innenschaft in der Privatwirtschaft und hat keinen Migrationshintergrund.

Grafik 17 Wahlentscheid 2019 nach gewählter Partei 2015 in % (nur Befragte, die 2019 gewählt haben)



Grafik 18 Mobilisierungsprozesse: Gewählte Partei 2019 nach Verhalten 2015 (in %)



Lesebeispiel: Von jenen, die 2019 SVP wählten, hatten 69% bereits 2015 SVP gewählt. 5% hatten 2015 FDP gewählt, 14% nicht an den Wahlen 2015 teilgenommen und 4% waren Erstwählende. (N gewichtet: SVP 756; FDP 443; CVP 339; GLP 230; SP 495; GPS 389).

Zusammenfassung

Insgesamt führten die Nationalratswahlen zu einer Stärkung des linken Lagers. Gemeinsam verfügen SP, GPS, PdA und SolidaritéS über 69 Sitze (+14) in der Grossen Kammer. Während sich die gemässigten Kräfte (FDP, CVP, GLP, BDP und EVP) behaupten konnten (76 Sitze, -1), büssten die Parteien am rechten Rand des ideologischen Spektrums (SVP, EDU und Lega) deutlich ein (55 Sitze, -13). Die Fraktionen der SVP und der FDP stellen (erfreulicherweise) in der laufenden Legislatur keine Mehrheit mehr.

Die Kleine Kammer wird nach wie vor von der CVP (13 Sitze, unverändert) und der FDP (neu 12 Sitze, - 1) geprägt. Die Grünen konnten 4 Sitze (neu 5 Sitze) dazugewinnen, welche aber zu Lasten der SP (neu 9 Sitze, - 3) gingen. Der SVP gelang es entgegen dem Wahlrend, einen Sitz (neu 6 Sitze) dazu zu gewinnen. ■

Wahlbeteiligung und Frauenwahl

Im Vergleich zu den Wahlen 2015 (48,5 Prozent) nahm die Wahlbeteiligung 2019 (45,1 Prozent) um 3,4 Prozent ab. Dies ist der dritttiefste Wert seit der Einführung des Frauenstimmrechts auf nationaler Ebene. Einzig in der Alterskategorie der 18- bis 24-Jährigen nahm die Wahlbeteiligung zu (+ 3 Prozentpunkte), was mit grosser Wahrscheinlichkeit auf die Mobilisierung der Jugend in Bezug auf die Klimathematik zurückzuführen ist.

Die Selects-Wahlstudie zeigt deutlich, dass ein Migrationshintergrund im Durchschnitt eine um 16 Prozent tiefere Partizipationsrate zur Folge hat.

Nebst der Klimathematik galt die Wahl 2019 ebenfalls als Frauenwahl. Dies stimmt auch – wenn auch nur ein Teil der Ziele erreicht werden konnte. Erfreulich ist, dass der Anteil an weiblichen Abgeordneten im Nationalrat von 32 auf 42 Prozent stieg und im Ständerat von 15 auf 26 Prozent. Im Nationalrat bilden die Frauen unter den Neugewählten sogar eine Mehrheit (53 Prozent). Dieser Anteil ist ein historischer Höchststand gewählter Kandidatinnen und zeigt deutlich, dass Frauen stärker gewillt sind, Frauen zu wählen. Ebenfalls lässt sich eine aktive Frauenförderung der Parteien beobachten, wenn auch noch stärker bei linken Parteien. Ein Dämpfer ist jedoch, dass auch 2019 immer noch mehr Männer als Frauen an die Urne gehen (49 Prozent Männer, 41 Prozent Frauen). Der Geschlechtergraben («Gender Gap») wurde also nach wie vor nicht überwunden. Ebenfalls erstaunlich zu sehen ist, dass das Thema «Frauenwahl» im Vergleich zur Thematik «Klimawahl» fast keine Beachtung in den Medien fand. Einzig in den Tagen um den Frauenstreik war das Thema in den Medien präsent.

Eidgenössische Wahlen 2019

Wahlteilnahme und Wahlentscheid

Herausgeber ist Selects – FORS

forscenter.ch/wp-content/uploads/2020/06/selects-studie-2019_de_fin.pdf

Danke schön

Die Beschreibung sowie die Darstellung der Wähler*innenschaft der Schweizer Parteien ist überspitzt dargestellt und entspricht nicht exakt der Aussage in der Selects-Wahlstudie 2019. Für Fragen, Anregungen oder Rückmeldungen steht der Autor gerne zur Verfügung.

Ein herzliches Dankeschön an Matúš (Junge Alternative Zug, Cham) für diese grossartigen und sehr treffenden Karikaturen!

Blick über den Tellerrand

Sybilla Schmid Bollinger

18

1994 zügelte Daniel Brunners «Büro Gegenwind» mitsamt Privatarchiv und Zeitungsausschnittsammlung vom Ibelweg an die St. Oswalds-Gasse, sozusagen von der Peripherie ins Zentrum der Stadt Zug, gleich vis-à-vis der Bibliothek Zug. Damit wurde ein klares Statement abgegeben: Doku-Zug sucht die Öffentlichkeit. Seine Themendossiers und Sachbücher stehen auch der Laufkundschaft der Bibliothek Zug zur Verfügung. Niemand aber dachte damals, dass sich aus dieser Nachbarschaft und dem sich gut ergänzenden Angebot eine offizielle institutionelle Zusammenarbeit entwickeln würde, die jetzt mit der Übernahme von Doku-Zug durch die Bibliothek Zug ein neues Kapitel aufschlägt.

Doku-Zug hat seinen Namen in den vergangenen 25 Jahren mehrmals geändert. «Büro Gegenwind» tönt nach Opposition. Gab es denn überhaupt eine rebellische, bzw. sogar antikapitalistische Phase in der Geschichte des Dokumentationszentrums? –

sammelt. Gut dokumentierte Vorstösse in den Parlamenten, fundierte Leser*innenbriefe und eine lebendige Lokalpolitik sollten sich anhand der Recherche und Lektüre ergeben. Wie wird andernorts, z. B. in Deutschland, von den Grünen



Alle wichtigen nationalen und regionalen Zeitungen, Wochenzeitschriften und Vereinspublikationen wurden im Doku-Zug täglich ausgewertet und in rund 4600 Themendossiers gegliedert.

Wohl nur als Fantasie des Zuger Bürgertums. Klar, zu Beginn wurden die Zeitungsartikel vor allem zum Eigengebrauch für den Kommunalpolitiker Daniel Brunner und seine alternativen Mitstreiter*innen ge-

argumentiert? Gibt es neue wissenschaftliche Erkenntnisse, die in die Politik von heute einfließen sollten? Gibt es Kampagnen, die auch in Zug durchgeführt werden müssten? – Es ging u.a. um den

Blick über den Tellerrand hinaus, auch und gerade in der Lokalpolitik. Bereits in den 70er-Jahren, also lange vor Daniel Brunner, hatte die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) eine umfangreiche Sammlung von Zeitungsartikeln, vor allem über Zuger Firmen, angelegt (vgl. Kasten). Diese landete später ebenfalls im Doku-Zug.

Arbeitsweise und Politik

Die Informationen, die von Doku-Zug gesammelt wurden, entstammten aber nicht geheimen Quellen, sondern allgemein bekannten und verbreiteten Zuger und Schweizer Medien, wie Tages- und Wochenzeitungen. Auch Verlautbarungen und Zeitschriften von Parteien und Verbänden, von links bis rechts, wurden seit jeher einbezogen. So enthält ein Themendossier von Doku-Zug jeweils neben Inhaltlichem zum Thema meistens auch die Argumente der verschiedenen Akteur*innen sowie die Ergebnisse von Abstimmungen im Zusammenhang mit dem Thema. Natürlich kann ein solcher Überblick im politischen Alltag helfen.

Aber ist das antikapitalistisch? – Immerhin, Doku-Zug war nie gewinnorientiert! Das heisst, alle anfallenden Kosten für Löhne, Räume, Abonnemente, Bücher, Werbung in eigener Sache wurden seit jeher vom Gründer und Inhaber übernommen. Die Benutzung hingegen stand ab 1994 jedermann und jederfrau und insbesondere der Zuger Öffentlichkeit zum Nulltarif offen.

Als Kantonsrätin investierte ich in den 90er Jahren mehr Zeit in das Aktienstudium der offiziellen Vorlagen als in die eigene Recherche, die ich bei Doku-Zug so komfortabel hätte machen können. Im Rückblick würde ich es gerade umgekehrt machen. Trotzdem empfand ich das Angebot von Doku-Zug als interessant und attraktiv. Als ich dort 1999 eine Anstellung als Dokumentalistin bekam,

war das für mich eine Supersache. Ich freute mich insbesondere auf die Zusammenarbeit mit meinem Kollegen aus Kanti-Zeiten, Dani Brunner, der wie ich ein ehemaliges Mitglied der SGA war.

Mitarbeitende und Kund*innen

Meine ehemalige Kantonsratskollegin, Madeleine Landolt, führte zu dieser Zeit das Dokumentationszentrum mit starker Hand und strengem Blick. Sie arbeitete fest daran, Doku-Zug vom Image, ein sicherer Hafen für beruflich oder gesellschaftlich Gestrandete zu sein, zu befreien, indem sie Ansprüche an die Professionalität und Zuverlässigkeit der Angestellten stellte. Ich war also nicht in einem «Alternativbetrieb» angekommen, sondern in einem durchaus leistungsorientierten «Normalbetrieb». Ein paar Jahre später, 2005, löste ich Madeleine Landolt als neue Geschäftsführerin von Doku-Zug ab. Eines meiner Hauptziele als Geschäftsführerin war es, die Reichweite von Doku-Zug zu vergrössern. Bereits um das Jahr 2000 herum dümpelte die Anzahl der Personen, welche innerhalb eines Jahres Doku-Zug aufsuchten, um 1000 herum. Erst 2013 gelang es, unter anderem dank der von Doku-Zug konzipierten und gezeigten «Zugersee-Ausstellung», über 2000 Personen in das Dokumentationszentrum zu locken. Seither waren es jedes Jahr über 2000 Besucher*innen. Das heisst auch, dass mit der Ausstellung und dem «Zugersee-Buch» der Bekanntheitsgrad von Doku-Zug nachhaltig gesteigert werden konnte.

Warum war Doku-Zug kein grösserer Publikumserfolg beschieden? Es war nur teilweise eine Ressourcenfrage. Werbung kostet Geld! Wenn die Mittel beschränkt sind, ist es auch wichtig, zur richtigen Zeit, am richtigen Ort, mit der richtigen Botschaft Werbung zu machen. Das dazu nötige Knowhow war bei Doku-Zug nicht ausgeprägt vorhanden und auch die



Ein gigantischer Wissensschatz: Mehr als drei Millionen Dokumente sowie rund 600 Zeitschriften und über 8000 Sachbücher lagerten an der St. Oswalds-Gasse.



17 Jahre arbeitete Sybilla Schmid als Dokumentalistin und Geschäftsführerin im Doku-Zug.

finanziellen Mittel dafür waren begrenzt. Hinzu kommt, dass auch wache Bürger*innen nicht jederzeit das Bedürfnis haben, irgendetwas ins Blaue hinaus zu recherchieren. Mund-zu-Mund-Propaganda der Lehrer*innen, Schüler*innen und Student*innen, die unsere geschätzten Dienstleistungen bereits in Anspruch genommen hatten und davon weitererzählten, erwies sich als wirksamer und kostengünstiger als das Platzieren von Inseraten. Darum war eine konsequente Kundenorientierung sehr wichtig. Alle Angestellten von Doku-Zug wussten die Informationssuchenden freundlich und kompetent zu beraten. Auf alle Anfragen wurde, wenn immer möglich, individuell eingegangen. Trotzdem spürte Doku-Zug zunehmend auch die Konkurrenz des Internets. Schon vor «Corona» wollten viele Leute lieber zu Hause bleiben und in ihrem «Home-Office» recherchieren. Immer wieder wurden wir darauf angesprochen, warum wir unsere Angebote nicht längst digital anbieten würden.

Digitalisierung

Die Zukunft wird es zeigen: Auch die Bibliothek Zug beabsichtigt vorläufig nicht, das bereits Gesammelte zu digitalisieren. Mit der Übernahme des Bestandes von Doku-Zug wird eine Zäsur gemacht. Das, was auf Papier ist, bleibt auf Papier und das Neue, was die Bibliothek sammelt, wird digital gespeichert. Aber auch darauf kann nicht beliebig von zuhause aus zugegriffen werden. Es empfiehlt sich weiterhin die Recherche vor Ort.

Dass die Bibliothek Zug ab 2021 die Dienstleistungen, die bis jetzt von Doku-Zug erbracht worden sind, in abgespeckter Form weiter anbieten wird, ist dem anfänglichen Misserfolg der 2017 ins Leben gerufenen Stiftung „Zukunft Doku-Zug“ zu verdanken. Diese konnte nicht genügend Geld auftreiben, um

Doku-Zug längerfristig in Form einer Public-Private-Partnership (PPP) zu finanzieren. Darum musste eine neue Lösung gesucht werden. Sara Marty hatte mich im Gründungsjahr der Stiftung als Geschäftsführerin von Doku-Zug abgelöst. Im Auftrag der Stiftung erarbeitete sie nach dem Scheitern der PPP zusammen mit der Stadt Zug, der Bibliothek Zug und dem Stadtarchiv Zug das Projekt „Archiv Bibliothek Dokumentation“, das jetzt umgesetzt wird. Die Dokumentation von Doku-Zug wird in die Zuger Sammlung «Tugiensia» integriert und durch die Bibliothek Zug weitergeführt. Doku-Zug hingegen wird aufgelöst und die dort Angestellten müssen sich einen neuen Job suchen.

Rückblickend bleibt mir die Erinnerung an einen Ort von vielfältigen

und bereichernden Begegnungen mit engagierten und interessierten Menschen, die sich nicht mit der besten Information zufriedengeben wollten. Auch sehe ich viele Jugendliche vor mir, die zum ersten Mal auf diese Art recherchierten. Ich erinnere mich an zahlreiche «gefremte» Publikumsanlässe, wie Führungen, Ausstellungen, Tage der offenen Türe, 1.-August-Anlässe, Oswalds-Gassen-Feste, Vorbereitungskurse für die Maturaarbeit, Wikipedia-Werkstätten und hochstehende öffentliche Vorträge. Aber vor allem denke ich mit Wehmut zurück an ein loyales und sachverständiges Team, das mir sehr ans Herz gewachsen ist und das jetzt auseinandergerissen wird. Ich wünsche jedem einzelnen Teammitglied von Doku-Zug beruflich und privat eine gute Zukunft. ■

MaiblitZ – Die Jugendgruppe mit Privatarchiv

Bereits 1972 – lange vor Doku-Zug – hatte die Jugendgruppe «MaiblitZ» begonnen, Zeitungsartikel zu sammeln. «Die wichtigsten zum Sammeln sind natürlich die Artikel, die über uns geschrieben werden. Im Weiteren werden wir nur noch Artikel über diejenigen Themen sammeln, die gerade aktuell sind (z.B. im Moment über Betriebsschliessungen).» Dies schrieb Bruno Bollinger damals in einem vierseitigen Text mit dem vielsagenden Titel: «Argusdienst-Nachrichten Nr. 1». Es war abgemacht, wer welche Zeitung und welche Zeitschrift abonnierte. Die einzelnen Artikel wurden in Brunos Zimmer in Inwil (siehe Foto) mit Schere ausgeschnitten, auf A4-Blätter geklebt und in Ordnern abgelegt. Diese Dokumente sind dann später in die Doku-Zug «gewandert».



Der «MaiblitZ» in Zug war ein Vorläufer der Revolutionären Marxistischen Liga (RML), welche sich später in Sozialistische Arbeiter-Partei (SAP) umbenannte.

Politisches Armutzeugnis

BULLETIN Redaktion

Dieses Interview führte Luzian Franzini am 9. November 2020 mit Dani Brunner, dem Gründer und Inhaber des Dokumentationszentrums an der St. Oswalds-Gasse in Zug.

Dani Brunner, dieses Jahr machte Doku-Zug seine Türen für immer zu. Wie fühlst du dich?

Es ist ein seltsamer Abschied, und es herrscht tagein, tagaus Aufräumstimmung. Zwanzig Tonnen Medienartikel werden in basengepufferte Archivschachteln eingeräumt und ste-

damit begonnen, ein Dokumentationszentrum aufzubauen?

1986 wurde ich auf der Liste «Sozialistisch-Grüne Alternative (SAP und Parteilose)» (Anmerkung der Redaktion: SAP, Sozialistische Arbeiterpartei, bis 1980 RML, Revolutionär-Marxistische Liga) in den Grossen Gemeinderat der Stadt Zug gewählt. Innerhalb der SGA waren zu viele Themen und zu wenig konkrete Konzepte und Gestaltungswillen vorhanden. In der Wahlplattform der SGA stand beispielsweise als einer von rund zehn Punkten: «Gegen Bodenspekulation». Konkrete Umsetzungsideen: Fehlanzeigen. Mein erstes Ziel war es deshalb, mit Medienartikeln vor allem auch aus «bürgerlichen» Zeitungen und Zeitschriften die politische Arbeit meiner Kolleg*innen im Kantons- und Gemeinderat zu befruchten. Ich war überzeugt, dass es für die Sache ein grosser Vorteil ist, wenn ein Thema quasi wissenschaftlich angegangen wird.



1994 konnte Dani Brunner die Liegenschaft mit direkter Nachbarschaft zur Bibliothek an der St. Oswalds-Gasse erwerben. Der Standort für das Dokumentationszentrum war ideal.

hen für den Transport über die St. Oswalds-Gasse in die Bibliothek Zug bereit. Auch für das Team – einige haben bis zwanzig Jahre im Doku gearbeitet – ist es eine ambivalente Zeit.

Seit Jahrzehnten hast du Medienartikel zu einer breiten Themenvielfalt gesammelt. Weshalb hast du

Diese Sammlung führtest du zu Beginn bei dir zu Hause?

Dafür, aber auch für andere Projekte fand ich in den späten 1980er Jahren am Ibelweg ein erstes Büro, nach den Wahlen 1990 bestand dort eine Bürogemeinschaft mit Hanspeter Uster und Dolfi Müller. Ab 1991 plante ich recht zielstrebig, bald auch Schüler*innen

und Student*innen, welche sich für zeitgeschichtliche Themen insbesondere auch rund um die Region Zug interessieren, eine Basis für Recherchen zu bieten; denn zu vielen dieser Themen gab und gibt es noch keine Bücher. Mit unseren Themendossiers erhoffte ich, dass sich insbesondere (künftiger) akademischer Nachwuchs «vor Ort» für Themen im Umwelt- und Sozialbereich, aber auch für Steuer-, Drogen- und Gesundheitspolitik etc. interessieren werde und vor allem hier in Zug recherchieren konnte, ohne in grössere Zentren abwandern zu müssen. 1994 konnte ich mehrere Stockwerkeinheiten an der St. Oswalds-Gasse kaufen. Ab diesem Moment wurde aus diesem Büro auch das erste Mal eine öffentliche Institution mit richtigen Öffnungszeiten. Das ist sie nun 26 Jahre lang so geblieben. Der Ort mitten in der Altstadt war ideal: geographisch zentral gelegen und mit der Stadtbibliothek eine Nachbarin mit ähnlicher Zielgruppe.

Das Dokumentationszentrum war lange als «Büro Gegenwind» bekannt. Wie bist du auf diesen Namen gekommen?

Von einer Arbeitsgemeinschaft aus mehreren Aargauer Ingenieurbüros hatte ich im Sommer 1987 kurzfristig einen Subauftrag für den Übersichtsbericht «Siedlungsökologie 1987» übernommen. Kurz vor der Publikation setzte ich im Dezember 1987 «Büro Gegenwind» unter meinen Beitrag. Der Name drückte nicht schlecht aus, was ich mit der im Mai 1986 bezogenen Siedlung Schauburg in Hünenberg mitinitiiert hatte, oder im ersten Jahr im Grossen Gemeinderat und mit der Gründung der IG für eine biologische Landwirtschaft im Frühling 1987 angestossen hatte. Der Name schien mir Anfang 1995 auch für die «Dokumentationsstelle für Umwelt-, Sozial- und Lokalpolitik» passend. Später wurde der Name dann zu doku-zug.ch, hier ging es vor allem darum, eine potenzielle Hemm-

21

schwelle für Interessierte abzubauen. Mit der gleichbleibenden Grafik wurde aber auch bedeutet, dass weder ich noch die damalige Geschäftsführerin Madeleine Landolt die «Gegenwind-Herkunft» negieren wollten.

Stand dieser Namenswechsel auch stellvertretend für einen Imagewandel vom linken Recherchebüro des «roten Dani» hin zu einer Institution, für welche du im Dezember 2015 vom Zuger Stadtrat mit dem «Lebkuchenpreis» ausgezeichnet wurdest?

Für den Imagewechsel hat der neue Name nicht gereicht, vielleicht haben auch meine Mitarbeiter*innen sich lange nicht aus der eher oppositionellen Ecke hervorgetraut – während mir Kontakte zu Schulen und «wertfreie» Recherchen schon lange am Herzen lagen. Entscheidend für die breitere Akzeptanz, auch für die Bereitschaft weiterer Kreise, unsere Sammeltätigkeit und die sehr häufig zielführende Suche via unseren thematischen Katalog zu schätzen, waren 2013 die Ausstellung «Seesichten Zugersee» und 2014 das gleichnamige Buch. Im Rahmen einer Wanderausstellung konnten die «Seesichten» auch in der Kantonalen Verwaltung, an den Kantonsschulen Zug und Menzingen sowie an der Pädagogischen Hochschule gezeigt werden. Seither ist es uns gelungen, pro Jahr insgesamt je 2000 bis 2500 Leute im Doku-Zug begrüßen zu können. Neben Veranstaltungen waren das Kund*innen unserer Sachbibliothek. Mit den Themendossiers haben jedoch jeweils deutlich weniger als 1000 Interessierte gearbeitet.

Für welche Art von Projekten wurde im Doku-Zug recherchiert? Was waren die grössten Erfolge?

Ein Beispiel mit grosser Auflage, nämlich verteilt in alle Zuger Haushalte, war die Festschrift zum 25-jährigen Jubiläum der SVP Zug. Diese Parteigeschichte wäre ohne unsere Themendossiers, auch zu jeder lo-

kalen Sektion seit der jeweiligen Gründungsversammlung, ohne doku-zug.ch wohl viel «magerer» herausgekommen. Es gab aber auch eine Anzahl spannender Master- und Diplomarbeiten, die erste entstand 1997 über das ETH-Gut Fruebüel auf dem Zugerberg. Erst zehn Jahre später entstanden weitere Liz- und Masterarbeiten dank des Fundus von doku-zug.ch, zum Beispiel zum Bild von Behindertensportler*innen in den Medien oder zur Geschichte der Landis & Gyr ab den 1980er Jahren. Langsam wurde die Zusammenarbeit mit Schulen besser. Richtiggehend eingebürgert hat es sich aber nur mit der FMS, deren Absolvent*innen lange vor ihrer Diplomarbeit eine Einführung in den Umgang mit Medien als Quelle erhielten.

Es gab bestimmt auch Misserfolge, oder?

Mit den meisten Maturitäts- und Berufsschulen war die Zusammenarbeit «on-and-off», die Brückangebote kamen erst diesen Frühling auf den Geschmack. Hier hatten wir wohl auch zu wenige fixfertige Workshops im Angebot, auf welche Lehrpersonen und ihre Klassen niederschwellig und mit Modulen skalierbar hätten einsteigen können. Auch die Geschichte des Doku-Zug war ein Hindernis für die Zusammenarbeit mit Schulen. In den letzten Jahren haben wir es auch nicht mehr geschafft, einen ersten Teil unserer Sammlung digital verfügbar zu machen.

Hat Doku-Zug die Digitalisierung verschlafen?

Das stimmt sicher zum Teil. Der Wunsch, alles 24/24 und 7/7 online zur Verfügung zu haben, ist jedoch von der Wirklichkeit noch ziemlich weit entfernt. Auch für die Nutzung der mit uns verwandten Archive wie das Sozialarchiv in Zürich ist trotz tausenden elektronisch archivierten Medienartikeln der Besuch vor Ort nötig, wie er auch noch einige Zeit

in der Zuger Dokumentation der Bibliothek Zug nötig sein wird. Für die Information über unseren Bestand gab seit 2013 unser online durchsuchbarer Dossierkatalog einen guten Überblick über die 4600 Themendossiers. Er hatte auch eine sehr einfach zu verstehende Suchfunktion.

Braucht es in Zeiten des Internets überhaupt ein Dokumentationszentrum wie Doku-Zug?

Die Volltextsuche im Internet führt bei vielen Themen, gerade mit lokalem Bezug, nicht sehr weit. Bei uns fand sich aber ein ansehnlicher Dokumentenbestand aus bald dreissig Jahren, zum Beispiel über die Chamer Gewässer oder über alles rund ums Zuger Steuergesetz, und dies in strikt chronologischer Reihenfolge. Ähnlich zielgenau und vollständig dürften Volltextrecherchen via Suchmaschine noch auf Jahre hinaus nicht möglich sein.

Was waren schlussendlich die Gründe dafür, den Betrieb des Doku-Zug einzustellen?

Der Betrieb des Doku-Zug kostete in den letzten Jahren konstant eine Million Franken pro Jahr. Da ich diese Ausgaben nicht auf Dauer stemmen kann, wurde seit 2015 die Gründung der Stiftung Doku-Zug vorbereitet. Das Ziel war eine Public-Private-Partnership (PPP), also eine gemeinsame Finanzierung der Institution mit öffentlichen und privaten Mitteln, ich hätte mich weiterhin massgeblich beteiligt.

Warum gab es keine Public-Private-Partnership?

Die 2017 gegründete Stiftung geriet präzise in die Jahre der sogenannten Entlastungsprogramme von Kanton und Gemeinden. Damals hatte der Regierungsrat offiziell verkündet, dass er «keine neuen Aufgaben» übernehmen werde. Für uns vom Stiftungsrat, insbesondere für den Präsidenten Rolf Schweizer und

mich, war dies eine harte Realität. Aber es war halt so: Wir waren auch bei den Gemeinden inklusive Stadt Zug und bei Firmen und Stiftungen sehr weit davon entfernt, wiederkehrende Beiträge zu erhalten. Aus meiner Sicht ist die passive Haltung der Zuger Politik ein Armutszeugnis, weil sie auf einen attraktiven, weit über Zug hinaus ausstrahlenden Teil der Bildungslandschaft verzichtet.

Nun geht der Bestand des Dokumentationszentrums über an die Stadtbibliothek. Was bleibt für die Benutzer*innen, was wird sich verändern?

Ein Grossteil unserer Bücher und Broschüren, alles «Nichtzugerische», und auch viele unserer Möbel gehen im nächsten Frühling in den Jura nach St. Ursanne, wo Alt-Nationalrat Andi Gross und Fredi Krebs eine öffentliche Bibliothek mit Forschungsmöglichkeiten gründen. Unser Kerngeschäft mit den drei Millionen Medienartikeln ist seit November 2020 vollständig in die Zuger Sammlung der Bibliothek Zug integriert. Weitergeführt wird die Dokumentationsarbeit bezüglich aller «für Zug relevanten» Themen, Personen und Firmen, das heisst, mit doch eingeschränktem Blickwinkel und deutlich kleinerem Personalinput. Äusserst positiv ist dafür, dass nun eine viel grössere potenzielle Nutzerschaft erschlossen wird. Ich gehe auch davon aus, dass die Zuger Dokumentation für all die Schulklassen, welche in die Bestände der Bibliothek eingeführt werden, eine nicht unwichtige «physische Ausstrahlung» haben wird. Die Bibliothek Zug wird mit ihrer Erfahrung in der Lage sein, viel mehr Dienstleistungen rund um «unsere» und «ihre» Bestände anzubieten, als es im Doku-Zug je möglich war. Auch Projekte wie die regelmässigen Wikipedia-Werkstätten werden wohl weitergeführt, weil sie bestens ins Profil einer am Loka-

len interessierten Institution passen. Mit Digital Zug verfolgt die Bibliothek zudem eine Digitalisierungsstrategie, welche dazu führen soll, dass es attraktiver wird in Zug zu recherchieren.

Als Eigentümer des Doku-Zug hast du immer auch aktiv mitgearbeitet. Was wirst du künftig mit dieser Zeit machen?

Ich hoffe, dass ich ab 2022 mehr Freizeit habe, 2020 war ich noch keinen Tag in den Ferien (lacht). Nebst den Verlustgefühlen und der Wehmut, dass das Doku-Zug nun Geschichte ist, bin ich nun mit dem Erreichen des Pensionsalters frei von grösseren Verpflichtungen. Seit einigen Jahren habe ich mich an diversen Schweizer Hauptstrassen bezüglich Lärmfragen engagiert und mit mehreren NGOs kleine Projekte in den Bereichen Umwelt, Menschenrechte – und dieses Jahr auch Covid-Nothilfe – angeregt oder unterstützt.

Wenn du mit der Erfahrung der letzten Jahrzehnte nochmals von vorne beginnen könntest: Was für eine Art Dokumentationszentrum würde Dani Brunner im Jahr 2020 gründen?

Ich würde wohl von allem Anfang an ein Schwergewicht auf Output – Ausstellungen, kleine Publikationen, Arbeitsblätter für Lehrer*innen etc. – legen, um den Nutzen einer thematisch gegliederten Sammeltätigkeit nach aussen tragen zu können. Gerade auch in der heutigen In-



Der Gründer und Inhaber des Doku-Zug wird seine Zeit nun anderweitig einsetzen.

formationsflut ist themenorientierte Dokumentation mit zeitlicher Tiefe von höchstem Wert. Staatsarchive spiegeln nur das staatliche Handeln. Aber die Zuger Dokumentation in der Bibliothek Zug wird die medialen und schriftlichen Aktivitäten insbesondere der zugerischen Zivilgesellschaft auch für künftige Generationen niederschwellig und relativ nahe am Alltag sichtbar machen. Auch künftig wird es jedoch menschliche Arbeit, die «Gliederungsarbeit» einer thematischen, chronologischen Dokumentation sein, welche Interessierten die Einordnung von Informationen deutlich leichter macht – ohne sie irgendwie ideologisch zu bevormunden. ■

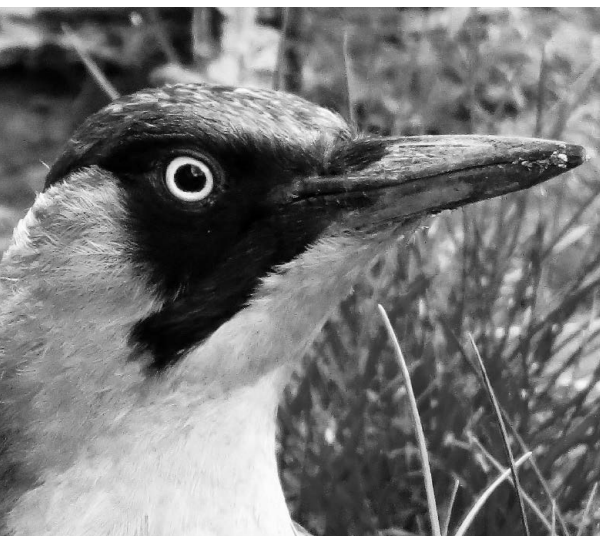
Götterdämmerung

Grünspecht – ein kritischer Vogel

24

Seit bald zwei Jahren geht es mit der Schweizerischen Volkspartei praktisch nur noch in eine Richtung – bergab. Verlorene Wahlen, gescheiterte Initiativen und Referenden und ein Doyen, der sich vor allem um seine Bundesratsrente kümmert.

Hört er nun auf oder nicht? Setzt er sich zur Ruhe und geniesst seine Anker-Bilder und deren romanisierende Darstellung der heilen Schweiz, oder mischelt er weiter auf der politischen Bühne mit? SVP-Übervater Christoph Blocher lässt seine Partei und die Schweiz im Un-



gewissen, ein übliches Verhalten bei dominierenden Figuren, die nicht loslassen können und von ihrer Mission vollständig überzeugt sind. Die Wirtschaftspsychologin Mahena Stief von der Hochschule Augsburg bezeichnet dies als «Problem, anderen zu vertrauen».

Parteipräsident Albert Rösti als Bauernopfer

Genau dieser Mechanismus lässt sich beim von Herrliberg quasi erzwungenen Rücktritt von Albert Rösti aufzeigen. Nach den Verlusten bei den letzten eidgenössischen Wahlen mussten Schuldige gefunden werden – es waren Kantonalparteien mit einem lausigen Wahlkampf und

eben der Mann an der Spitze. Aber sicher nicht die Strategie des Neinsagens, sicher nicht die Strategie der Fokussierung auf Anti-EU und Anti-Ausländer.

Seit gut zwei Jahren reihen sich Misserfolge an Misserfolge, bei Wahlen in Kantonen, in Städten und in den Agglomerationsgemeinden. Dass ohne das Dauerthema Ausländer und Asyl die 30 Prozent landesweit nicht zu halten waren, war dem Grünspecht schon länger klar. Überrascht ist er nur, wie schnell und flächendeckend dies geschah. Da können ihre Vertreter (Frauen findet man eher selten) noch hundertmal sagen, die SVP sei die wählerstärkste Partei. Der Grünspecht ergänzt: ... die Partei mit den alten Rezepten des 19. Jahrhunderts für die Probleme des 21. Jahrhunderts. Die Götterdämmerung hat eingesetzt.

Opposition ohne Drohpotential ist zahnlos

Die SVP hat in der Ära Blocher das doppelte Spiel von Regierungsteilnahme und Opposition auf die Spitze getrieben. Es funktioniert aber nur, wenn Opposition wirksam ist, wenn die «Drohung» mit Initiativen und Referenden an der Urne eine Mehrheit gewinnen kann. Der SVP fehlt seit längerem ein solches Erfolgserlebnis – die Durchsetzungsinitiative, die Selbstbestimmungsinitiative und zuletzt die Begrenzungsinitiative sind allesamt hochkant gescheitert. Das jüngste Debakel ist das Referendum gegen die Überbrückungsrente für ältere Arbeitnehmende; die SVP brachte innerhalb von drei Monaten nicht einmal 50 000 Unterschriften zustande. Der Schuldige war auch hier schnell gefunden, das Coronavirus –

in der Trumpschen Terminologie China. Götterdämmerung auch bei Abstimmungen.

Gergely Karácsony, Bürgermeister von Budapest, hat kürzlich mit Bezug zum nationalkonservativen Premierminister Ungarns, Viktor Orbán gesagt: «Seine Politik basiert auf der Schaffung von künstlichen Konflikten und dem Schüren von Angst. So kann er sich als Retter und Beschützer der Nation hinstellen.» Eins zu eins das Muster der SVP und von Christoph Blocher, das jahrelang funktionierte, aber immer weniger verfängt.

Nach dem Abstimmungsdebakel von Ende September hatte Gewerbeverbandsboss Hans-Ulrich Bigler eine schnelle Analyse zur Hand: «Bürgerliche Wähler sind zu Hause geblieben.» Es brauche «mehr rechte Mobilisierung». In der Logik von Blocher, Bigler und Co. gehen einfach die falschen Frauen und Männer abstimmen und wählen. Auf die logische Erklärung kommen sie nicht – die Rezepte von rechts überzeugen die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nicht. Während sich die Menschen bewegen, bleiben Ideologen und unfehlbare Götter stehen.

Im Weissen Haus ist man allerdings schon eine Eskalationsstufe weiter: Es gehen nicht die falschen Leute wählen, es wird schlicht falsch gezählt. Die rechte Götterdämmerung hat beidseits des Atlantiks eingesetzt. ■



Bern: Räumung des Bundesplatzes. Klimaaktivistinnen mussten vom Platz getragen werden. Super, der gewaltlose Widerstand wurde wieder einmal sehr schön eingesetzt. Danke allen Aktiven und Danke Stadt Bern. Die zweite Räumung verlief weniger elegant. Ist der Platz geräumt? Ist Glarner endlich weg? ■

Die schlechte Nachricht: Die Coronakrise schadet dem Klima. Nicht Corona selbst, aber die «Corona-Krisenhilfe», welche einfach wieder die Konjunktur und damit die Klimaschädigung stimuliert. Ohne Auflagen bezüglich Klimafolgen. Chance verpasst. ■

Rassismus ganz nah: «Ist ja klar, dass es in der Westschweiz mehr Ansteckungen gibt. Jaja, unsere Welschen, ist ja eine ganz andere Kultur (Küsschen, Party, Ungehorsam ...).» ■

Wieder einmal wird ein Anlauf gegen den Zivildienst unternommen. Die klassischen Landesverteidiger fordern für den Zivildienst strengere Zulassungskriterien, damit die Armee genügend Leute hat. Die moderner denkenden Zukunftsgestalterinnen sehen Zivildienstleistende als dringend nötige Ressource im Sozialbereich. Wahrlich schwierige Entscheide ... ■

Wenn dieses BULLETIN erscheint, sind zwei wichtige Abstimmungen über

Volksinitiativen entschieden. Die Debatten im Vorfeld waren eher einseitig auf das Thema Konzernverantwortung ausgerichtet. Nachdem irgendjemand begonnen hatte, davon zu schreiben, dass die Schweiz also Weltpolitik spielen wolle und in anderen Ländern Schweizer Recht durchsetzen würde, sprangen immer mehr Leserbriefautorinnen auf diesen Zug auf. System nicht verstanden. Völlig entgleist ist da offenbar Herr Maurer. ■

Bei der Thematik Finanzierung von Kriegsgeschäften gab es eigentlich nur zwei Gegenargumente. Viele Politikerinnen und Politiker malten schwarz bezüglich Anlagerenditen unserer Pensionskassen, es könnte uns im Alter schlechter gehen. Wenn dann am Ende des Textes noch CVP stand, konnte ich verstehen, dass die das C aus dem Namen streichen wollen und sollen! Für andere Schreibende war das Schlimmste, dass diese Initiative von der GSoA ergriffen wurde. Da brauchte es keine Argumente mehr dagegen. ■

Mikrosteuern (s. BULLETIN 1/2018): Die Unterschriftensammlung für die Eidgenössische Volksinitiative «Mikrosteuer auf dem bargeldlosen Zahlungsverkehr» läuft. Hast du schon unterschrieben? ■

Die Abstimmung in der Gemeinde Cham (Ände-

rung Bebauungsplan Allmend Hagendorn sowie Teiländerung Zonenplan) füllte in den letzten Monaten manche Zeitungsseite mit Leserbriefen und Stellungnahmen zur Erweiterung einer Fensterfabrik. Kaum thematisiert wurde die zugrunde liegende ökologische Problematik: Wir (fast alle) wohnen nicht da, wo wir arbeiten. Wohn- und Arbeitsorte liegen immer weiter auseinander. Wir legen täglich immer weitere Wege zur Arbeit zurück. Mobilität sagt man dem. Oder ist es doch eher Umweltbelastung? ■

Im GGR der Stadt Zug wird wieder einmal gejammert über den Verlust des ach so schönen Trauzimmers am Kolinplatz. Erinnert sich noch jemand an eine Eheschliessung im Haus Zentrum? Da wurde das Wort «Trauzimmer» nie gebraucht, das Büro des Standesbeamten oder ein kleines Sitzungszimmer war gut genug. Wir jammern wieder einmal auf sehr hohem Niveau. ■

Im finanzstarken Kanton Zug gibt es offenbar immer noch verschiedene Probleme mit Sparen und Planen. Unsere Kantonschule ist nicht bereit für die Digitalisierung, teilweise spricht man gar von einem Notstand. In der Stadt Zug fehlen Plätze für die Schulergänzende Betreuung, scheinbar ist das Zimmer mit Aussicht im Park-Tower wichtiger

als ein Bau oder eine Miete für Betreuungsräume. ■

Journalistinnen und Journalisten: Bitte kümmert euch ein wenig um die Sprache. Deutsch. Zuger Zeitung Frontseite: «So kommentiert die Schwulenorganisation Pink Cross die Aussagen zum Thema Homosexualität des Papstes.» Interessiert mich eigentlich nicht, ob der Papst homosexuell ist oder nicht. Aber einfach so, als Satz auf der Frontseite, finde ich das problematisch. ■

Juhui, wir haben wieder ein neues Unwort! «Nudging». Stupsen, Schubsen, Anstossen. Nicht neu als Begriff, aber aktuell wieder in Mode, wenn es darum geht, sich über Corona-Massnahmen zu beklagen. ■



26

Volunteer

Montag, 14. Dezember
20 Uhr, Kino Gotthard

In der reichen und vermeintlich sicheren Schweiz lassen Bürger mit unterschiedlichen Hintergründen ihr geordnetes Leben zurück, um gestrandeten Flüchtlingen in Griechenland zu helfen. Ein Schweizer Bauer und seine Frau, die Kühe in den Alpen züchten, ein Hauptmann der Schweizer Armee, eine Pensionärin, die am Seeufer residiert, und ein erfolgreicher Entertainer. Was macht das Erlebte mit ihnen nach ihrer Rückkehr in die Schweiz und wie geht ihr Umfeld damit um? Ein Blick auf die immer noch präsente Flüchtlingskrise aus anderer Perspektive. Lorenz Nufer ist anwesend für Q&A.

**Heicho – Der Blues des Walter Liniger**

Montag, 11. Januar
20 Uhr, Kino Gotthard

Der Berner Wale Liniger wanderte 33jährig in die USA aus und kam nach 37 Jahren zurück in die Schweiz. Er hat den Blues erkundet, wissenschaftlich und mit «Schnureggi» und Gitarre. Fotograf Reto Camenisch begleitete ihn zwei Jahre mit der Kamera und schaffte ein starkes filmisches Essay über Heimat, die Exotik des Fremden, über Weggehen und Heimkommen und über die Kraft soziokultureller Prägung. Hügel im Emmental, die Berner Länggasse, braune Deltas, Baumwollfelder, verlassene Eisenbahntrassen, untermalt mit dem Klang des Blues, lassen ahnen, was diese Musik ausmacht. Reto Camenisch ist anwesend für Q&A.

**Je ne te voyais pas**

Montag, 8. Februar
20 Uhr, Kino Gotthard

Straftäter sehen ihre Opfer häufig nur als Mittel zum Zweck und entwickeln wenig echte Reue oder Empathie. Das ändert sich, sobald sie ihre Opfer näher kennen lernen. Restorative Justiz bietet diese Möglichkeit als Ergänzung zum herkömmlichen Strafverfahren. Opfer finden in die Normalität zurück und Täter werden seltener rückfällig. Der Film begleitet Menschen bei diesem Prozess. Geballte Ehrlichkeit und tiefe Emotionen lassen erstmals Hoffnung auf ein geheiltes Leben aufkommen. François Kohler ist anwesend für Q&A.



Freundliche Grüsse
Elke Mangelsdorff
FLIZ FilmLiebhaberInnen
Zug

**Montag, 21. Dezember 2020
Wer vertritt uns eigentlich in Bundes-Bern?**

Jung-alternativer Austausch mit Nationalrätin Manuela Weichelt.
Ab 18 Uhr, ein gemütlicher Abend bei Glühwein oder Punsch am Feuer an frischer Luft. Wenn es die Corona-Lage nicht erlaubt, alternativ als Online-Anlass.

**Mittwoch, 6. Januar 2021
Alternative Monatsbar
voraussichtlich im Siehbachsaal Zug.**

Gute Gespräche und feines Essen. Ab 18.30 Uhr

**Dienstag 2. Februar 2021
Veranstaltung zum Demokratie-Buch**

Bibliothek Zug
mit Monika Dommann (Professorin Uni ZH) und Elisabeth Joris (DIE feministische Historikerin)

**Mittwoch, 3. Februar 2021
Alternative Monatsbar
voraussichtlich im Siehbachsaal Zug**

Gute Gespräche und feines Essen. Ab 18.30 Uhr

**Mittwoch, 3. März 2021
Alternative Monatsbar
voraussichtlich im Siehbachsaal Zug**

Gute Gespräche und feines Essen. Ab 18.30 Uhr

Tagesaktuelle Übersicht der Veranstaltungen finden Sie unter: gruene-zug.ch/event

LeserInnenmeinung

Das BULLETIN ist auch eine Plattform für Briefe, Kommentare, Meinungen von Leserinnen und Lesern.

Ganz einfach: Mail an bulletin_redaktion@bluewin.ch
Wir freuen uns auf Zuschriften!



Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative – die Grünen Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Sekretariat:
Montag und Dienstag am
Nachmittag
Freitag den ganzen Tag

Alternative – die Grünen Baar

André Guntern
info@alternative-baar.ch

Alternative – die Grünen Cham

Roman Ambühl
cham@alternative-zug.ch

Grünes Forum Hünenberg

Rita Hofer
rita_hofer@bluewin.ch

Alternative – die Grünen Menzingen

Barbara Beck-Iselin
b.beck-iselin@bluewin.ch

Forum Oberägeri

Philipp Röllin
roellin.ph@bluemail.ch

Grüne Risch-Rotkreuz

Hanni Schriber-Neiger
hanni@schribers.ch

Grüne Steinhausen

Edith Seger Niederhauser
Postfach 123
6312 Steinhausen
steinhausen@gruene-zug.ch

Alternative – die Grünen Unterägeri

Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-stadt.ch

Junge Alternative Zug

Konradin Franzini und
Gurbetelli Yener
Metallstrasse 5, 6300 Zug
junge@alternative-zug.ch

Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat

gruene-zug.ch

Grüne Partei Schweiz

gruene.ch



Facebook
fb.com/AlternativeZug



Twitter
@AlternativeZG



Instagram
@alternativegruene



WhatsApp-Newsletter
Sende deinen Namen per
WhatsApp an 079 519 81 91



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen

BULLETIN Nr. 4, 12.12.2020 erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse:
BULLETIN Alternative – die Grünen Kanton Zug, Metallstrasse 5, 6300 Zug

Redaktion:
Natalie Chiodi, Luzian Franzini, Hansjörg Glauser, Hansruedi Küttel, Lorenzo Martinoni

Kontakt:
bulletin_redaktion@bluewin.ch

Lektorat:
Trix Gubser, Berty Zeiter

Fotos: Paula Gisler

Gestaltungskonzept:
S.H.E.D. GmbH

Produktion:
Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, dmg.ch

Gedruckt auf Refutura GSM, 100% Altpapier, Blauer Engel, FSC-zertifiziert

Nutzaufgabe: 800 Ex.

Abonnement: Fr. 25.–
KleinverdienerInnen: Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–

Mitglieder der Junge Grünen erhalten das BULLETIN gratis

Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 1/2021:
Freitag, 5. März 2021

Erscheinungsdatum
Samstag 27. März 2021

DAS BULLETIN
bulletin-zug.ch

P.P. 6300 ZUG Post CH AG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-zug.ch

